



Halbmonatsschrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Erscheint monatlich zweimal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 0.90 M. Einzelnummer 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr.
Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4 gespaltenen Zeile 45 Pf.

Nr. 6.

Berlin, 15. März, 1935.

16. Jahrg.

Inhalt: S. 61: Polen und die baltischen Staaten. — S. 62: Das politische System Europas und Polen. — S. 63: Ein Beitrag über polnische Kunst. — S. 64: Der kalde Saure. — S. 65: Der kalde Saure. — S. 66: Der kalde Saure. — S. 67: Der kalde Saure. — S. 68: Der kalde Saure. — S. 69: Der kalde Saure. — S. 70: Der kalde Saure. — S. 71: Der kalde Saure. — S. 72: Der kalde Saure. — S. 73: Der kalde Saure. — S. 74: Der kalde Saure. — S. 75: Der kalde Saure. — S. 76: Der kalde Saure. — S. 77: Der kalde Saure. — S. 78: Der kalde Saure. — S. 79: Der kalde Saure. — S. 80: Der kalde Saure. — S. 81: Der kalde Saure. — S. 82: Der kalde Saure. — S. 83: Der kalde Saure. — S. 84: Der kalde Saure. — S. 85: Der kalde Saure. — S. 86: Der kalde Saure. — S. 87: Der kalde Saure. — S. 88: Der kalde Saure. — S. 89: Der kalde Saure. — S. 90: Der kalde Saure. — S. 91: Der kalde Saure. — S. 92: Der kalde Saure. — S. 93: Der kalde Saure. — S. 94: Der kalde Saure. — S. 95: Der kalde Saure. — S. 96: Der kalde Saure. — S. 97: Der kalde Saure. — S. 98: Der kalde Saure. — S. 99: Der kalde Saure. — S. 100: Der kalde Saure.

Polen und die baltischen Staaten.

Man darf in den Ereignissen, die sich im Memelland abspielen, nicht nur eine deutsch-litauische Angelegenheit sehen. Natürlich geht das, was dort in dem vom Reiche losgerissenen Lande geschieht, merkt und vor allem das deutsche Mutterland an. Aber man darf dabei nicht übersehen, daß der Memelkomplex auch im Rahmen der europäischen Gesamtspolitik sein eigenes Schicksal ergreift hat. Vielleicht haben die heute in Kauen registrierten Werte ursprünglich wirklich „mit“ an eine Entdeckung des Memellandes gedacht. Die Rückdenkung, die sie zur Verwirklichung ihrer Memelpolitik an Frankreich und Rußland geknüpft und geknüpft haben, aber hat das Ziel ihrer Wünsche weiter gespannt. Sie denken heute nicht nur an Ostpreußen, auf das sie aus irgendwelchen kühlen Gründen glauben Ansprüche erheben zu dürfen; sondern sie scheinen sich auch in die Rolle eines „höheren Auftrages“ handelnden Vorkämpfers gegen den Nationalsozialismus hineingeleitet zu haben.

Vitonen ist, außenpolitisch und vor allem in bezug auf Deutschland gesehen, der Vertreter fremder, in erster Linie sowjet-russischer Wünsche. Moskau sieht in Deutschland seinen gefährlichsten Gegner. Wie es sich in dem festgelegt hat, um sich dort einen Stützpunkt gegen diesen „Gegner“ der baltischen Weltrevolution zu verschaffen, so wagt es Kauen die Verlegenheit aus, in der sich Litauen aus eigenem Verschulden befindet, um dessen Feindschaft gegen Deutschland noch zu vertiefen. Es erwartet Kauen in seinem Kampfe gegen das Deutschland des Memelgebietes. Es regt die litauische Begehrlichkeit nach weiteren deutschen Gebietsanteilen an. Es bedient sich des kleinen, Deutschland benachbarten Staates, um sich in das ständig schwelende Feuer der europäischen Spannung zu setzen. So ist Litauen nicht nur in den Mächten der Welt, sondern auch in den germanischen Memelländern beheimatet, sondern auch als außenpolitischer Faktor ein Schritt nach der Welt hinaus gegen Europa. Es ist die Stelle, an der die Sowjet-Politik die deutschen Grenzen berührt, wie es auch eine der Stellen ist, an denen das unerwünschte Frankreich seine störenden und zerstörenden Kräfte gegen Deutschland richtet.

Von diesem Gesichtspunkt aus muß man die polnische Baltikumpolitik überprüfen. Sie ist mit der Frage des polnischen Generalstabes Konfrontation in Kauen, Rußland und Helsingfors in ein neues Stadium der Entwicklung getreten. Ihre neue Aktivität wird von der Rolle bestimmt, die Rußland und mit diesem Litauen im Baltikum spielen. Polen kann dort nicht anders denn als Grenz-Prüfer Moskawas auftreten. Niemals, weder in den Zeiten des altpolnischen Reiches noch in der Periode der staatlichen Unfreiheit noch auch heute liegen und lassen sich die politischen Ziele im Baltikum mit denen Rußlands vereinen. Ein Vorstoß des einen ist fast automatisch auch ein Vorstoß des anderen aus, da keiner im Interesse der Selbsterhaltung zugeben kann oder glaubt zugeben zu können, daß das Baltikum zu einer Interessensphäre des anderen wird.

Die Situation, die Polen vorfindet, ist die: Litauen hat sich durch den Rigaer Pakt mit den beiden anderen baltischen Staaten, Lettland und Estland, vereinigt. Man kann es als den Hauptgegner an diesem Pakte bezeichnen; denn es ist ihm gelungen, die beiden anderen an seinem Memelabenteuer zu interessieren und sie dadurch auch mit den Unannehmlichkeiten seiner spezifisch litauischen Außenpolitik zu belasten. Litauen hat sich neben der französisch-russischen Unterstützung auch noch die Verbreiterung seiner außenpolitischen Basis durch sein im Stärkeverhältnis etwa gleichgeordnete Staaten gesichert. Der polnische Vorstoß ist sowohl gegen den weiteren Ausbau des Rigaer Paktes wie

auch gegen die für Polen nicht minder unerwünschte Zusammenarbeit zwischen Litauen und Rußland, in jedem Falle also auf eine mögliche Isolierung dieses unangenehmen Nachbarn gerichtet.

Bemerkenswert ist dabei, daß Warschau offensichtlich die Absicht hat, seinen neuen Vorstoß in den Nordosten unter Verletzung des Ansehens und der Interessen Deutschlands zu unternehmen. Das Mißtrauen, dem es in Riga und selbst in Kauen begegnet, laßt Warschau dadurch zu überwinden, daß es sich selbst als den allein berechtigten Schützer der baltischen Selbständigkeit nicht nur gegen die russischen Aspirationen, sondern auch gegen den „ewigen germanischen Druck nach Osten“ empfiehlt. Es sucht sich bei den Regierungen der baltischen Staaten auf Kosten Deutschlands Gehör zu verschaffen, es geht auf die antideutschen Parolen ein, die sich dort seit geraumer Zeit einer besonderen Beliebtheit erfreuen. Man kann nicht behaupten, daß ein solches Verhalten, wie es vor allem in einem Artikel des „Kurjer Poranny“ sichtbar geworden ist, dem Geiste des mit Deutschland abgeschlossenen Paktes entspricht. Ein direkter Vorstoß gegen deutsche Belange aber liegt vor, wenn — wie es in demselben Blatt geschrieben ist — den Litauern klar gemacht wird, daß Polen bereit wäre, sie bei der Entdeckung des Memelgebietes zu unterstützen, wenn sie dafür ihre Ansprüche auf Wilna aufgeben. Man ist der „Kurjer Poranny“ ein Blatt, dessen sich das antilithuanische Warschau bedienen pflegt, wenn etwas gesagt werden soll, was in dem offiziellen Organ der Regierung, der „Gazeta Polska“, nicht gut gesagt werden kann. Es ist nicht das erste Mal, daß die Litauen von polnischer Seite ermuntert werden, sich an volksdeutschem Verfall schloßes zu halten.

In Polen bereitet man sich zur Zeit auf eine neue Verständigungsaktion gegenüber Litauen vor. Man hat dort mit Spannung darauf gewartet, daß sich die Kauer Regierung unentbehrlich in der Memelabenteuer verwickelt. Dieser Zeitpunkt geschwinder litauischer Widerstandskraft in der Wilnafrage scheint man in Kauen jetzt gut gekommen zu halten. Es heißt, daß Genorowski in Riga und Kauen verhandelt hat, die dortigen Regierungen für den Abschluß eines litauisch-polnischen Nichtangriffspaktes zu interessieren. Wenn sich im weiteren Verlauf dieser Aktion in bezug auf das Memelproblem wirklich solche Gedankengänge, wie sie im „Kurjer Poranny“ entwickelt wurden, durchsetzen sollten, so dürfte von vornherein die Feststellung abgelehnt sein, daß eine derartige Politik für die Fortentwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen eine unerwünschte Belastungsprobe sein würde.

Setzt den Fall, Polen würde sich dazu entschließen, Litauen in der Memelangelegenheit zu helfen — für Polen selbst würden sich daraus, ganz abgesehen von den Rückschlüssen, die ein solches Verhalten auf seine Beziehungen zum Deutschen Reich haben müßte, wohl schwerlich greifbare Vorteile ergeben. Denn auf seine Rückendeckung bei Rußland würde Litauen wohl auch im Falle eines Nichtangriffspaktes mit Polen nur ungern verzichten. Aber wenn es auch selber von seinem russischen Verbündeten sichtbar abzuweichen würde, so könnte es schließlich doch nicht verhindern, daß Moskau sich nach wie vor für das litauische Problem interessiert. Rußland wird an Litauen solange ein aktives Interesse besitzen, als dieses sich gegen eine dritte Mächte, die Störungsfaktor auszuspielen läßt. Diese Mächte Litauen für russische Zwecke läßt sich offenbar nur dann aus der Welt schaffen, wenn zwischen Deutschland und Polen in der litauischen Frage eine grundsätzliche Übereinstimmung besteht. Dr. R.

redakteur Makiemij sich zwar freundlich, aber sehr deutlich von dem Studienklub'schen Buch distanzieren und großen Wert auf die Stellungung gelegt, daß der Verfasser nicht Mitglied des „Polibüch's-Blocks“ ist. Auch das andere maßgebende Blatt der polnischen Konfession, der „Kokusz“, „Gazeta“, leitet die Gedankengänge Studienklub'schen Buchs ab. Die „Gazeta Polska“, das offizielle Organ der polnischen Regierung, hebt hervor, daß Studienklub'schen Buchs nicht nur als ein politischer Eingangsbeitrag bekannt sei und daß er mit seinem Buche nur sich selbst und sonst nichts repräsentiert. Im „Kurjer Warszawski“, einem anderen maßgebenden Blatt des Warsauerblocks, das von den amtlichen Kreisen Warschaws gern als Sprachrohr benutzt wird, wird das Buch Studienklub'schen als vernünftigen und geradezu verlegenden Kritik unterzogen. Studienklub wird dort als ein unüberhörlicher und unheimlicher „Publikist“ bezeichnet, dessen Schriften einen „ausgewählten Subjektivismus“ verraten. Er sei in Polen mit keinerlei politischen Kreisen verbunden. Er besitze auf niemanden den Einfluß und niemand habe Einfluß auf ihn.

Daß sich auch die oppositionellen Kreise in Polen gegen das Buch erklären, versteht sich von selbst. Im „Jeńskichich“ „Robotnik“ ist z. B. von dem „höchlich gefährlichen Dämon“ des Buches die Rede. Und was die nationaldemokratischen „Dressen“ darüber denkt, ist u. a. in der „Gazeta Warszawska“ dargestellt worden, wo Studienklub als ein „unüberhörlicher politischer Phantast“ bezeichnet wird, als ein Mann, „der meistens reine Wände, aber triibe Gedanken hat, das die gegenwärtige polnische Wirklichkeit anlangt.“ Niemand, heißt es dort weiter, könne Studienklub'schen daran hindern, seine politischen Gedanken in Büchern oder Broschüren zu äußern. Aber er ist nicht derjenige, der sie ernst, er ist nicht niedriger, aber er niemand im Lande nehmen in der „Jeńskichich“ „Robotnik“, lächerlich machen müßte. Studienklub ist „ein polnischer Phantast“, dessen Buch „ein Angriff aus dem Bereich der reinen literarischen Phantasie“ ist. Es ist schon auf den ersten Blick als einfaßliches Diskussionsmaterial disqualifiziert. Ähnlich lauten die Urteile über Studienklub und sein Buch auch in den meisten anderen polnischen Blättern.

Ein Vortrag über polnische Musik.

Am 27. Februar fand im Hause des polnischen Konsuls in Essen ein Musikabend statt, zu dem auch eine größere Anzahl deutscher Gäste geladen war. Bei dieser Gelegenheit hielt der Pressesekretär des Konsulats einen Vortrag über die polnische Musik. Einem Bericht des „Weidenfelder Beobachters“ zufolge hat der polnische Vortragende dabei u. a. auch über die Geschichte der Musik in Polen gesprochen: Soweit sich aus der Vergangenheit feststellen läßt, habe man in älterer Zeit an den Adelshöfen und im Stadtbürgertum Polens mehr Musik in Lied und Tanz gepflegt als heute. Der allem ist in der Kirchenmusik polnische Kirchenmusik überliefert worden. Schon in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts hätten polnische Organbauer und polnische Orgelbauer große Bedeutung erlangt und sich über Polen hinaus Geltung verschafft. Um 1700 sei der Rhythmus polnischer Compasen, durch die Wandermusiker weithin verbreitet, bereits im ganzen Abendlande erklungen. Die polnische Volksmusik habe sich dann beim Aufkommen der Symphonie, im 18. Jahrhundert, besonders bemerkbar gemacht. Aber erst durch Chopin und seine zahlreichen Schöpfungen sei polnische Musik Gemeingut der ganzen Kulturwelt geworden. Das polnische Volkslied sei für Chopin maßgebend und künftbestimmend gewesen. Er habe Volksmusik und Kunstgesang miteinander verbunden. Und seinem Wege der künstlerischen Fortschöpfung der Volksmusik seien auch die polnischen Komponisten nach ihm gefolgt. Aus den mehr als 10000 Volksliedern, die Oskar Kolberg gesammelt hat, hätten viele polnische Komponisten Begeisterung und Anregung geschöpft, und auch die Kirchenmusik habe aus dem Studium dieser Volkslieder Sammlung starke Antriebe erhalten.

Der Vortrag, den der Pressesekretär des polnischen Konsulats in Essen gehalten hat, war sehr interessant. Er hätte für die deutschen Gäste aber gemäß noch mehr interessanter gemacht werden können. Es ist zu bedauern, daß — dem Bericht des genannten Blattes nach — zu urteilen — der polnische Vortragende von dieser Möglichkeit, noch tiefer und gleichsam persönlicher auf seine deutschen Zuhörer wirken und Gebrauch gemacht hat, Gemeint ist hier der gerade in den Blütezeiten der Musikentwicklung Polens immer recht lebendige Einfluß, den deutsche Künstler auf diese Entwicklung genommen haben. Es hätte die deutschen Zuhörer sicherlich interessiert, zu erfahren, wie vor Jahrhunderten polnische Kirchenorgelbauer durch Übertragung oder Nachahmung deutscher Weisen entstanden, was der polnische Sphärischer Brücken u. B. über den Einfluß des deutschen Klaviers Sphärischer auf die polnische Kirchenmusik festgestellt hat, welche Bedeutung für die Entwicklung der polnischen Musik der damals ein berühmter Lautenpieler Salentin Bakark, ein Deutscher aus Siebenbürgen, am polnischen Königschofe gehabt hat, wie in der frühpölnischen Zeit C. A. Hoffmanmann durch seine aus 120 Deutschen und Polen bestehende „Musikerkolonie“ befruchtend und fördernd auf die Musikpflege in der polnischen Gesellschaft eingewirkt hat, u. s. f. Es hätte in dem Vortrage vielleicht zu weit geführt, über all die Deutschen zu sprechen, die und nach Chopin an der reichen Entfaltung des polnischen Musiklebens hauptächlich und vorbereitend mit tätig waren.

Aber meistens eines Deutschen darf man, wenn von Chopin die Rede ist, niemals vergessen, denn Chopin selber hat ihn auch niemals vergessen: Joseph Rader Elsnar, der sich, im jählichen Grottkau

Es ist verständlich, wenn die polnischen Parteien entscheidenden Wert darauf legen, nicht mit dem Studienklub'schen „Programm“ belastet zu werden. Es ist aber unangenehm, daß das Buch in Polen trotzdem eine recht außerordentliche Verbreitung findet. Man kann das, was manche Kapitel anlangt, auch nur einsehen. Denn es ist darin ja nicht nur von imperialistischen Plänen die Rede, sondern es werden zum Teil durchaus beachtenswerte Gedanken i. B. über das französisch-polnische Verhältnis geäußert, es sind vor allem einmal die polnische Situation in Europa — losgelöst von nationaldemokratischen Voreingenommenheiten — systematisch durchgearbeitet. Was aber das von Studienklub entwickelte „Programm“ anbelangt, so kann man in Deutschland bestenfalls nur ein theoretisches Interesse für diese Gedankengänge eines polnischen Privatmannes aufbringen. In diesen Punkten können die Vorstellungen des Studienklub'schen Buches auch für sehr deutliche Kritik von deutscher Seite heraus. Deutschland hat nicht die Absicht, die tschechoslowakische aufzulösen. Es hat überhaupt nicht die Absicht, sich irgendeinem Staate gegenüber aggressiv zu verhalten. Sein Programm ist ein Programm des friedlichen Aufbaus. Für Pläne, wie sie in dem behandelten Buche entwickelt werden, hat dieses Programm keinen Raum. Diese grundsätzliche Haltung enthebt die deutsche Politik natürlich nicht der Verpflichtung, imperialistische Tendenzen des Auslandes, wo und von wem sie auch immer propagiert werden mögen, aufmerksam zu verfolgen. Und wenn von der gesamten polnischen Presse mit solcher Einmütigkeit heute festgestellt wird, daß Studienklub für niemanden verbindlich ist, sich selbst und daß kein „Programm“ phantastisch und unreal ist, so denkt man dabei unwillkürlich an Roman Dmowski, der vor einigen Jahrzehnten auch einmal ein „unreales“ Programm aufgestellt hat.

1769 geboren, aus der Musikgeschichte Polens schließlich nicht fortzudenken läßt. Der polnische Gelehrte S. Hojick hat über ihn u. a. geschrieben: „Die Tätigkeit der ersten zehn Jahre seiner Kunsttätigkeit (d. h. der Warschauer Oper) ist eng mit dem Namen Joseph Elsnar, dem Schöpfer der polnischen Musik, verbunden. Vor dem Jahre 1799, in dem Elsnar nach Warschau kam, war alles, was zum Ruhme der Vertreterin der Kunst unter der Musik gegeben war, mehr oder minder glücklich vorbereitende Vorläufe zu der wirklichen nationalen polnischen Musik, deren hervorragendste Vertreter Chopin und Moniusko (der eine deutsche Mutter hatte, seine musikalische Ausbildung in Berlin erhielt und „trotzdem“ der Schöpfer der polnischen Nationaloper „Polka“ wurde) wurden und deren gegenwärtig würdige Vertreter Jelenki, Koszowski, Münchheimer, Gail, Stojanicki, Meiser und der berühmteste unter ihnen, der Klavierkönig Paderewski sind. Sie nehmen alle, wie Flüsse von einem Ursprung, ihren Anfang von Elsnar. Er ist der geistige Vater der ganzen Gesellschaft derjenigen polnischen Musiker, die als die ersten ihre Kunst in der Campel der allgemeinen europäischen Musik einführen und ihr dort eine Ehrenstellung sichern.“ Und der polnische Musikhistoriker Polinski: Warschau schrieb über Elsnar: „Sein Name ist so eng mit der Geschichte der polnischen Oper und dem Warschauer Konseratorium verbunden, sein Einfluß auf die Entwicklung unserer Musik in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts so groß, er selbst diente der polnischen Bühne so treu, und endlich verbanden ihn mit der polnischen Gesellschaft so enge Verbindungen, daß er — obwohl er seiner Herkunft nach ein Deutscher war — bei allen polnischen Geschichtsschreibern stets als einer der besten und verdienstvollsten polnischen Condichter gelten wird.“

Es ist zu bedauern, wenn solche Dinge, deren sich niemand zu schämen braucht, bei einer Veranstaltung, die dem gegenseitigen Sichkennenlernen zweier Völker dienen soll, unerwähnt bleiben. Wenn man, die bisher meist einander gemüht haben, einander nähergebracht werden sollen, dann ist es wohl am zweckmäßigsten, die Elemente besonders herauszustellen, durch die sie obenhin schon miteinander verbunden sind. Man wird einander besser begreifen, wenn man sich an die Tatsache früherer Gemeinsamkeiten erinnert. Und man bringt sich nicht nur selber um die vollen Früchte seiner Bemühungen, sondern gerät darüber hinaus auch noch in der Arbeit mangelnder Selbstbeherrschung, wenn man diese Tatsache früherer Gemeinsamkeiten zu verharmlohen oder allzu gering einzuschätzen versucht.

Die Kunst in Polen ist nicht ein örtliches Problem, das man der polnischen Forderung allein überlassen darf, sondern eine Frage, die eine eingehende Beschäftigung und Beachtung von seiten der deutschen Kunsthistoriker verlangt. Es ist stets darauf zu achten, daß nicht nur „polnischer Kunst“ gesprochen wird, wo nur von „Kunst in Polen“ die Rede sein kann. Durch eine Vermischung dieser beiden Begriffe, wie sie in der polnischen Propaganda beliebt ist, wird vielfach das künstlerische Schaffen nichtpolnischer Meister in Unrecht an das polnische Konto gebucht.

Der falsche Ton.

Der Kampf um die Macht.

Die „Gazeta Olsztynska“ fügt am 24. Februar einer Zufuhr, die sich mit der Gottesdienstfrage in Ostpreußen befaßt, folgende Ermahnung hinzu: „Wir bitten unseren Gewährsmann, nicht so schwatz in die Zukunft zu sehen. Wenn denn die Deutschen trotz der deutsch-polnischen Verständigung ihre Aktion, die polnischen Gottesdienste aufzugeben, nicht aufgeben wollen, muß mit einer energiegelichteren Subjektion begonnen werden; d. h. man muß die abwartende Haltung aufgeben und zum Angriff übergehen. Man muß die Zukunft vermeiden und um eine Rechte kämpfen. Wegen eines solchen Kampfes kann uns nichts Schlimmes geschehen, denn der Hitlerismus hätte ohne Kampf auch nicht die Macht erlangt. Der wird Sieger sein, der kämpfen wird.“ — Geht es den Polen in Deutschland nicht nur um ihr Recht (oder was sie dafür halten), sondern auch um die Macht? Sie vergleichen ihren Kampf mit dem, den die nationalsozialistische Bewegung geführt hat. Das ist zwar lächerlich, aber bezeichnend.

Verschöpfung der Demohor Majlurens.

Unter Außerachtlassung aller geschichtlichen Entwicklungszorgänge wird in der in Deutschland erscheinenden polnischen Presse tag für tag der Bauer des majlurenschen Landes als „Pole“ bezeichnet. Im Ortelsburger „Majur“ heißt es hierüber z. B. am 25. Februar: „Wir brauchen heute nicht mehr Eulen über die Polen und die Polen zu berichten; das tun seit einiger Zeit die Deutschen selbst. In unsere Augen sind die Polen nicht mehr aber an die Bekämpfung der Eulen zu denken, daß der Majur ein Deutscher ist. Wir werden uns davon überzeugen, daß auch diese Eule, wie jede andere Eule, kurze Beine hat. Man muß nur furchlos an die Arbeit herangehen und tatkräftig gegen diese Eule kämpfen. Wir Majluren (I) müssen angehtelt der ganzen Welt unser polnisches Volkstum in Ehren halten. Denken wir daran, daß derjenige ein schlechter Mensch ist, der sich seiner Eltern schämt, und daß es gemein ist, den Deutschen gegenüber sein Volkstum zu verleugnen, wenn man polnischer Abkunft ist. Der Majur braucht sich nicht zu schämen, sondern in der Tat, der Majur ist ein Pol.“ — „Eulen des tüchtigen Jägers und die Geschichte der Menschheit werden den polnischen ‚Bauern‘. Mit bemerkenswerter Deutlichkeit wird hier ein Zustand, der sich im Laufe der Jahrhunderte organisch herausgebildet hat, nämlich das Volkstum der Demohor des majlurenschen Landes, einfach als Eule bezeichnet. Wenn man sich die Sache recht überlegt, kann man die Worte des polnischen Blattes kaum anders als eine Verschöpfung der Bevölkerung Majlurens bezeichnen. Denn diese Bevölkerung hat sich ja — und zwar nicht nur bei der Abkündigung von 1920 — geschlossen zum Volkstum bekannt. Ein solches Bekenntnis aber ist nach den Worten des „Majur“ und der übrigen polnischen Blätter „gemein und verrätend.“

„Die Tracht der Erkenntnis.“

Die wiederholten Erklärungen des Führers, die die allgemeine Entnationalisierung ablehnen, haben in den Polen ein „Brennendes“ Interesse gefunden. Unausgesetzt wird der Führer — als Kronzeuge für die Politik des Polenbundes in Anspruch genommen, also für eine Politik, die nicht mehr und nicht weniger als die Polonisation der deutsch denkenden und deutsch fühlenden Menschen erhebt! Bezeichnend für den für deutsch oft verletzenden Ton, in dem das geschieht, ist z. B. ein Artikel des Ortelsburger „Majur“ vom 6. Februar, wo es u. a. heißt: „Nach langen und schwierigen Kämpfen gegen die Germanisierung erlebten wir den feindlichen Augenblick, daß das deutsche Volk durch seinen Führer und Reichskanzler unsere Sache für gerecht anerkannte. Das deutsche Volk erklärte, daß es schlecht behandelt habe, als es dem polnischen Volk in Deutschland polnische Schulen und zum Teil auch polnische Gottesdienste nahm... Das deutsche Volk erkennt heute, daß kein Weg ein Verrat war... Man entnationalisierte uns mit allen Mitteln. Man tötete das Nationalgefühl in einer jeder Kultur unbegreifenden Weise... Was für eine Schlußfolgerung ist aus der Erklärung des Reichskanzlers zu ziehen? Es unterliegt keinem Zweifel, daß das deutsche Volk den Mut aufbringen und die logischen Folgerungen ziehen muß... Die Frucht dieser Erkenntnis müssen polnische Schulen für die deutsche Bevölkerung sein, und zwar Elementar- und höhere Schulen sowie polnisch-evangelische Kirchen und polnische wirtschaftliche, kulturelle und soziale Einrichtungen...“ — Es ist nun mindestens eine grobe Taktlosigkeit, wenn eine polnische Zeitung in Deutschland die Kritik, die der Führer an vergangenen Zuständen geübt hat, dazu benutzt, um ihre Verunglimpfungen Deutschlands zu tarnen. Denn wenn sich die Worte auch auf vergangene Dinge beziehen, so bleibt ihr Gegenstand doch immer Deutschland.

„Die Pflicht des Staates.“

Wie nach der Meinung der Leute vom Polenbund die praktischen Folgerungen, die aus den Worten des Führers zu ziehen sind, aussehen müssen, geht z. B. aus einem Artikel hervor, der am 9. Februar in den Oppler „Wojny Gdynienne“ erschien. Dort wird den Eltern sowohl wie dem Staate das Recht abgesprochen, über die nationale Erziehung

der Kinder zu entscheiden, die — wirklich oder angeblich — „polnischer“ Abkunft sind. Dann heißt es weiter: „Wir glauben, daß der Staat aber die Pflicht hat, durch das Recht seiner Verböden und Ämter allen ausdrücklich zu verstehen zu geben, daß ein nicht-deutsches Kind nur in seine eigene nicht-deutsche Schule gehört.“ Dies bedeutet nichts anderes, als daß nach der Meinung der Polenbunde die — wirklich oder angeblich — „polnische“ Eltern, die es vorziehen, ihre Kinder in eine deutsche Schule zu schicken, durch die deutschen Behörden dazu gezwungen werden müßten, die deutschen Schulen zu meiden. Die Frage, wer nun praktisch zu entscheiden haben soll, ob es sich bei den fraglichen Eltern um deutsche oder um polnische Volkzugehörige handelt, möchten die Polenbunde am liebsten dahin beantwortet wissen, daß nicht die Eltern selbst und erst recht nicht die Behörden, sondern einzig und allein sie selber die dafür „zuständige Stelle“ sein sollten.

Verböhnung des deutschen Entgegenkommens.

Die Errichtung des Deutsch-polnischen Instituts in Berlin hat verständlicherweise das lebhafteste Interesse der polnischen Presse erregt. In welcher Weise ein Teil dieser Presse darauf reagiert und welche Propagandamöglichkeiten sie sich daraus für die polnische Sache in Deutschland erhofft, das kann man etwa aus einem Artikel des nationaldemokratischen „Kurjer Wroclawski“ entnehmen. „Es ist nötig“, heißt es da, „an dieses Institut polnische Gelehrte zu beauftragen.“ Das Blatt führt dann eine Reihe von polnischen Historikern an, von denen einige im Laufe ausgeprochener Deutschfeindslichkeit stehen: „Unsere Geschichte in der Zeit, als der polnische Staat entfiel und sich auflöste und verlor über alle Maßstäbe bei den jetzt mit uns sympathisierenden Deutschen bekannt zu werden... über Strickmühl, den Urheber der Teilungen Polens... könnte am besten der hervorragende Kenner Polens am Ende des 18. Jahrhunderts, Prof. Koponczyński, sprechen, unser Bismarck und das 19. Jahrhundert dessen Schüler, der Präsidentent Feldmann... Prof. Sobieski (von dem — nebenbei bemerkt — vor nicht allzu langer Zeit erst ein „Hay“ wegen seiner ausgeprochenen Feindschaft gegenüber Deutschland im Reich verboten werden mußte) wird genügend Zeit finden, um in seiner fabelhaften Sprache den Hörern des Berliner Instituts zu erzählen, wie die deutsche Diplomatie an der Wiederherstellung Polens gearbeitet hat und wie die Volksabstimmung in Schlesien und im Ermeland ausgefallen hat.“ Prof. Sobieski ist außerdem Spezialist für die Geschichte Pommerns. Für die Seminararbeiten des Instituts würden wir die Bücher von Womski und Seyda empfehlen.“ — Derartige „Empfehlungen“ eines polnischen Blattes muß man auf deutscher Seite als eine Verböhnung der Bereitwilligkeit Deutschlands, über polnische Fragen auch polnische Sachkenner vor einer deutschen Hörerschaft zu Worte kommen zu lassen, empfinden. Wenn die deutsche Bereitwilligkeit und unser Wohlwollen gegenüber der polnischen Sache so ausgenutzt werden sollte, wie es der „Kurjer Wroclawski“ vor schlägt, dann würde es schwer fallen, an die Zukunft des Deutsch-polnischen Instituts zu glauben.

Die „Polonia“ und das „Weltgemissen“.

Wie erinnerlich, wurden vor einiger Zeit zwei Frauen, Trägerinnen alter abligter Tugenden, wegen Landesverrats zum Tode verurteilt. Es konnte natürlich nicht ausbleiben, daß die, zum Teil schon durch ihre äußere Erscheinung ein wenig gekennzeichneter, Befürworter der „Humanität“, die von jeder eine verbödete Symptom für Verbrecher aller Art beweisen haben, die Hinrichtung der beiden Landesverräterinnen zum Anlaß nahmen, um wieder einmal gegen das neue Deutschland zu hetzen. Auch ein Teil der polnischen Presse hat sich an dieser Aktion mit Eifer beteiligt. So brachte die christlich-demokratische „Polonia“, das Blatt Korfutens, einen Artikel hierzu. Dem Artikel war eine Karikatur des Führers aus der Pariser „Republique“ beigegeben. Er schloß mit folgenden Worten: „... So ist das deutsche Reich erfüllt worden. Die Götter Walhallas liegen auf Blut. Ihre Verehrer haben sich der großen Überlieferung des Mittelalters würdig gezeigt und sich bemüht, durch unverblühte Härte auf die Phantasie des ihnen unterstellten Volkes zu wirken... Das ist der Krieg mit dem Gemissen der Menschheit, mit dem Gemissen der zivilisierten Welt.“

Unverzüglich müssen Neubestellungen auf unser Distanz für das 2. Vierteljahr 1935

aufgegeben werden. — Bei später erfolgenden Bestellungen auf eine Sondergebühr zu zahlen. Der Bezugspreis für drei Monate beträgt 0,90 M. (ohne Zustellungsgebühr)

Die Danziger Volkstage.

Die Freie Stadt Danzig hat bisher fünf Volkstage gehabt. Der erste ging aus der am 16. Mai 1920 gewählten Verfassunggebenden Versammlung hervor, die sich am 6. Dezember als Volkstag konstituierte. Der zweite Volkstag wurde am 18. November 1923, der dritte am 13. November 1927 gewählt. Dieser Volkstag, in dem die parteipolitische Selbstorganisation erstens Formen annahm, verabschiedete im Juli 1930 ein Gesetz, durch das u. a. die Zahl der Abgeordneten, die bis dahin 120 betragen hatte, auf 72 herabgesetzt wurde. Man hoffte durch diesen rein mechanischen Verlust dem Umfassen der Splitterparteien ein Ende und vor allem den Nationalsozialisten, die damals zum ersten Male — und zwar mit einem Abgeordneten — im Volkstag vertreten waren, den Garaus machen zu können. Der vierte Volkstag wurde am 16. November 1930 gewählt, und die Wahl zum fünften, jetzt aufgelösten Volkstag fand am 28. Mai 1933 statt. Bemerkenswert ist, daß die Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Volkstag 1933 nur 72 v. H., 1927 nur 72 v. H., 1923 hingegen nur 61 v. H., 1927 auf 85,5 v. H. und 1930 auf 89,07 v. H., um schließlich 1933 auf über 92 v. H. zu steigen. Die parteipolitische Zusammenfassung der Volkstage ist ein getreues Spiegelbild der innerpolitischen Entwicklung der Freien Stadt. Deshalb sei sie nachstehend wiedergegeben; es wurden gewählt:

Parteien	1920	1923	1927	1930	1933
ASDP.	—	—	1	12	38
Deutschnationale	34	13	25	10	4
Sozialdem.	—	—	18	11	10
Sozialdemokraten	19	30	42	19	13
Unabhäng. Sozialisten	21	—	—	—	—
Kommunisten	—	11	8	7	5
Freie Wirtsch. Vereinigung	12	—	—	—	—
Deutschpartei für Fortschritt und Wirtschaft	—	8	—	—	—
Deutsch-Danziger Volkspartei	—	6	5	—	—
Nationalliberale	—	—	5	2	—
Deutschnationale	—	—	4	1	—
Deutschnationale	—	7	1	—	—
Demokraten	11	—	—	—	—
Deutsche Volksgemeinschaft	—	—	3	—	—
Deutsch-Danziger Wirtschaftspartei	—	—	2	—	—
Beamten	—	—	3	3	—
Misler	—	—	2	—	—
Polen	7	5	3	2	2
Andere Splittergruppen	—	5	3	—	—

Im ersten Volkstag waren also sieben politische Gruppen vertreten; dann waren es schon neun, und im dritten Volkstag waren es dreizehn, im vierten immer noch elf; erst 1933 ging die Zahl der im Volkstag vertretenen Gruppen auf sechs zurück. Heute wird kaum noch jemand Auskunft darüber geben können — sofern man das überhaupt jemals gekannt hat —, wodurch sich z. B. die Deutschpartei für Fortschritt und Wirtschaft von der Deutsch-Danziger Wirtschaftspartei unterscheiden, was die Nationalliberalen, die Deutschliberalen oder die Deutschnationalen eigentlich wollten. Das sind heute schon längst Fragen geworden, über die es sich nicht einmal mehr ein Doktorarbeit zu forehellen verlohnt.

Die Danziger Stadtbürgerchaft.

Infolge der Reunions von Volkstag wird auch die Danziger Stadtbürgerchaft eine neue Zusammenfassung erhalten. Die Stadt Danzig nimmt unter den Kommunalverbänden des Reichsstaates infolgedessen eine Sonderstellung ein, als das Stadtparlament vom Volkstag aus seiner Mitte und aus anderen Angehörigen der Stadt Danzig gewählt wird. Demgemäß ist die Zusammenfassung der Volkstages auch jeweils maßgebend für die Zusammenfassung der Danziger Stadtbürgerchaft. So hatte der am 28. Mai 1933 gewählte Volkstag eine Stadtbürgerchaft folgender Zusammenfassung gewählt: 31 Nationalsozialisten, 10 Sozialdemokraten, 7 Zentrumselekt, 3 Kommunisten, 2 Deutschnationale und 1 Pole, insgesamt also 54 Abgeordnete.

Überflüssige Aufzählung.

Dem Polenbund in Danzig ist der Hut hochgegangen. Er hat beim Senat protestiert und sich auch an den Völkerrund, als den Garant der Danziger Verfassung, gewandt. Denn er fühlt sich durch ein „Transparent „provoziert“. Auf diesem Transparent, das am Tage der Rückgliederung der Saar irgendwo über eine Danziger Straße gespannt war, war folgende Aufschrift zu lesen: „Die Saar ist frei — heißt es, Danzig, o der Reich.“ Die Schuldigen, meint der Polenbund, müßten einer exemplarischen Bestrafung zugewiesen werden. Es liegt auf der Hand, daß sich die Aufschrift, die den empfindlichsten Polenbund so in Wutung gebracht hat, auf die bevorstehenden Danziger Wahlen bezog, in denen die Gegner des Nationalsozialismus und des Dritten Reiches ebenso vernichtend gescheitern werden sollen, wie die Separatisten und Transsilingen an der Saar von der Deutschen Front gescheitern wurden.

Danzig-polnische Abkommen über den Grenzverkehr.

Nach längeren Verhandlungen ist ein neues Abkommen über den Verkehr mit Lebensmitteln von Polen nach Danzig zustande gekommen. Durch dieses Abkommen werden die Bestimmungen des Danzig-polnischen Übereinkommens vom 6. August 1931 infolgedessen ergänzt, als den nach Danzig ein- oder durchzuführenden Personen die Mitführung bestimmter beschränkter Mengen von Lebensmitteln gestattet wird. Viele Erleichterungen des Reiseverkehrs von Polen nach Danzig traten am 7. März durch entsprechende Verfügung des Senats in Kraft. Das Abkommen sieht vor, daß im Reiseverkehr ohne die Beschränkungen, die in den Danziger Marktregulierungs- und Veterinärvorschriften herangezogen, folgende Warenungen von Danzig nach Polen mitgenommen werden können: konfekturierte Fleischprodukte und Schmalz zusammen bis zu 1 Kilo, Butter bis zu 1 Kilo, Käse bis zu 1 Kilo, Brot und Semmeln bis zu 1 Kilo, 15 Stück Eier, Milch, Vollerntmilch und kondensierte Milch zusammen bis zu 1 Kilo, konfekturierte Süßigkeiten und Süßwaren zusammen bis zu 1 Kilo, Personen, die in Ausübung ihres Berufs und zwar im öffentlichen Dienst, bei Erntearbeiten, Chauffeurs, Seefahrer, Luftschiffsbedienstete, Jährer, Prähmbedienstete, von Polen nach Danzig kommen, können Lebensmittel zum täglichen Bedarf mit sich führen, jedoch nicht mehr als in der oben genannten Menge.

Reisende, die sich von Polen über das Freilichtgebiet nach Polen begeben (Transit), können Lebensmittel ohne Einschränkung aus dem Verkehrslinien durch die Regulierung des Danziger Marktes bzw. aus den Veterinärvorschriften mit sich führen, und zwar unter folgenden Bedingungen:

a) Auf den Landwegen muß die Durchreise mittels Pferdewagen oder Automobilen erfolgen. Die durchgeführten Lebensmittel müssen beim Eingangskontrollpunkt angemeldet werden, wo eine Einfuhrbewilligung ausgestellt wird, welche beim Ausgangskontrollpunkt beim Verlassen der Freien Stadt Danzig abgegeben wird. Diese Formalitäten fallen weg, wenn die Menge der Artikel nicht die eingangs erwähnte Menge überschreitet.

b) Bei der Reise auf den Bahnwegen sind Personen von familiären Einschränkungen frei, welche sich durch ein Eisenbahnscheitern für die Durchreise von Polen nach Danzig auf den Eisenbahn-Wahrschiffen bzw. Eisenbahn-Straßenbahn ausweisen. Dabei sollen Durchgangsscheitern oder auch solche verwendet werden, die nach 30 Minuten auf dem Danziger Bahnhof bzw. nach 60 Minuten in Hohenstein Anschlag haben. Im Falle einer freiwilligen Unterbrechung der Reise in Hohenstein, auf dem Danziger Hauptbahnhof oder auch in Goppot müssen die mitgeführten Lebensmittel bei der Danziger Kontrolle angemeldet und auf Verlangen dort deponiert werden. Sofern der Reisende die Fahrt auf anderen Danziger Stationen freiwillig unterbricht, genießt er diese Sicherungen nicht und wird als Reisender behandelt, der von Polen nach Danzig fährt.

c) Bei der Durchreise auf dem Wasserwegen sind Unterbrechungen der Fahrt nur zulässig in Ortschaften, an denen sich ein Danziger Kontrollpunkt befindet. Im Falle einer solchen Unterbrechung müssen die von dem Reisenden mitgeführten Lebensmittel bei dem Kontrollpunkt angemeldet und auf Verlangen dort deponiert werden.

Polen und der Danziger Arbeitsmarkt.

Bereits im ersten Jahr nach der Machübernahme durch den Nationalsozialismus wurden unmittelbare Verhandlungen zwischen Danzig und Polen angekündigt, um eine Reihe von Streitfragen zu klären, die mit dem nationalsozialistischen Wiederaufbau der Wirtschaft im Gebiet der Freien Stadt Danzig zusammenhängen. Polen stellte sich unter anderem auf dem Standpunkt, daß einige dieser Maßnahmen, wie die Einrichtung des staatlichen Arbeitsdienstes, in die Rechte eingriffen, die vertraglich der polnischen Minderheit in Danzig zugesichert worden sind. Demals wurde ein Protokoll unterzeichnet, in dem einige der Streitfragen geregelt werden konnten, andere dagegen offen blieben. Im Februar dieses Jahres sind nun die Verhandlungen wieder aufgenommen worden, und es ist jetzt eine Vereinbarung dahin zustande gekommen, daß Danziger Staatsbürger polnischer Nationalität bis auf weiteres nicht zum staatlichen Arbeitsdienst herangezogen werden sollen. Ebenso ist den Polen zugesichert worden, daß bei der Besetzung von Arbeitsstellen und ähnlichen Verordnungen die polnischen Berufsorganisationen im gleichen Maß von der Besetzung der Stellen ausgeschlossen werden sollen wie die entsprechenden Organisationen der polnischen Minderheit in Danzig. In Danzig werden keinerlei Schwierigkeiten bei ihrer Verwirklichung durch diese Sonderregelungen entstehen. Eine Reihe von weiteren Fragen, die mit dem Danziger Arbeitsmarkt zusammenhängen, ist noch unregelt geblieben.

Deutsche Schulnot in Polen.

Deutsche Lehrer unter Zwang.

Am 1. März sprach bei der Aussprache über den Haushalt des Ministeriums für Kultus und Unterricht im Senat der deutsche Senator August Litta über die Lage des deutschen Schulwesens in Polen. Litta führte dabei u. a. aus: „Unter dem von den Behörden ausübten politischen Zwang haben besonders die deutschen Lehrer zu leiden. Die Schulpinspektoren und Starosten zwingen sie, dem sogenannten 'Deutschen Kultur- und Wissenschaftsband' beizutreten und dessen Organisationsplan zu organisieren. Am der Spitze dieser Organisation steht ein Mensch, über den sich keine früheren Parteigänger von der Sejmtribüne und Zungen bei Gericht unter Eid hehr abfällig geäußert haben. Unlängst wurde in Joloty ein führendes Mitglied dieser Organisation wegen Verleumdung zu einem Monat Haft verurteilt. Von einem zweiten der aktiven Mitarbeiter dieses Bundes spricht und schreibt man öffentlich, daß er in der Schule während des Unterrichts in unzulässiger Weise Mädchen küßt. Die Schulbehörden reagieren darauf nicht. Die Arbeitsmethoden dieser Organisation und der Terror, den sie auf die deutschen Lehrer ausübt, haben dazu geführt, daß viele Lehrer, die dem Regime treu sind, sich über die Verfolgung nahe gefanden haben, von diesem Institute aber nicht abgerückt sind. Um des Wohles der Schule willen wende ich mich an den Herrn Minister mit dem dringenden Appell, unsere Lehrerhaft von dem Terror dieser Menschen zu befreien.“

„Vor einigen Jahren hat der Schulpinspektor der Stadt Lodz die Vorstandsmitglieder des Deutschen Lehrervereins zum Teil in weit entlegene polnische Schulen versetzt, zum Teil pensioniert und dadurch die Tätigkeit dieses Vereins lahmgelegt. Im vergangenen Jahre wurde der Vorsteher des Hauptverbandes des Verbandes Deutscher Lehrer und Lehrerinnen in Polen, Jendricka, aus dem polnischen Wejsemsko in eine polnische Schule im Osten versetzt. Diese durch nichts begründete Maßnahme beurteilt die deutsche Lehrerschaft als einen Schlag gegen ihre Berufsorganisation. Diese Organisation hat sich stets von jedem Politisieren ferngehalten und hatte nur das Wohl des Lehrers und der Schule im Auge. Sie wollte durch ihre Arbeit für die Fortbildung der Lehrer sorgen und durch Heranziehung tüchtiger ausländischer Lehrkräfte zum Austausch der Gedanken und Erfahrungen auf dem Gebiete des Schulwesens beitragen und dadurch nicht nur der deutschen Schule, sondern dem Schulwesen in unserer polnischen Heimat überhaupt einen Dienst erweisen. Die gegen uns gerichtete politische Einstellung der polnischen Schulbehörden zu dieser Organisation und die unverdiente Marginalisierung ihres Leiters hat nicht nur unter den deutschen Lehrern, sondern auch bei der deutschen Bevölkerung in Polen und sogar im Auslande lauten Widerspruch gefunden und großen Unwillen und Niedrigschlagenheit hervorgerufen. Ich wende mich im Namen der gesamten deutschen Lehrerschaft und der deutschen Bevölkerung in Polen an den Minister mit dem dringenden Bitte, diese Angelegenheit einer Prüfung zu unterziehen und das Jendricka und dem deutschen Lehrerverband zugestimmte Lament wieder gutzumachen und gleichzeitig anzuordnen, daß die Berufsorganisation der deutschen Lehrer in ihrer Arbeit nicht gehindert wird.“

Die Zerstörung des deutschen Schulwesens in Russisch-Polen.

Über das deutsche Schulwesen im ehemaligen Russisch-Polen führte Senator Litta dann im wesentlichen folgendes aus: „Was die Lage des deutschen Schulwesens in Polen anbelangt, so werde ich mich auf das ehemals russische Teilgebiet beschränken. Bei allem, was ich für das deutsche Schulwesen in russischer Sprache aus allen staatlichen Volksschulen des ehemals russischen Teilgebietes verbrannt worden ist. Wir haben nur einige mäßigpraktische Schulen und einige zehn Schulen, in denen die deutsche Sprache in zwei bis vier Stunden in der Woche als Fachfach unterrichtet wird. Die Verdrängung der deutschen Unterrichtsprache ist gegen den ausdrücklichen Willen der deutschen Eltern und entgegen den Bestimmungen des Gesetzes vom 3. März 1919 erfolgt. Die Privatschulen, privaten Volksschulen zu gründen, treffen auf große Schwierigkeiten. Auf Grund des erwähnten Gesetzes vom 3. März 1919 haben die deutschen Gemeinden ihr Schulwesen abgeben, das sie sich durch die Arbeit mehrerer Gehilfen erworben haben, an die politischen Gemeinden abgeben müssen. In vielen Fällen haben die politischen Gemeinden auch das Vermögen der privaten Rectoratschulen (Kirchenschulen) in Besitz genommen. Diese Gemeinden müssen jetzt durch lange und kostspielige Prozesse um ihr Eigentum kämpfen. Bei dieser Sachlage ist die Zahl der privaten Volksschulen in Mittelpolen sehr gering. Etwas besser sieht es in Wolhynien aus, dort können von den 2000 russischen Rectoratschulen noch 100 als private Volksschulen weitergeführt werden. Aber auch dort haben die Schulpinspektoren diesen Schulen nicht wohlwollend gegenüber. Selt alle Lehrer erhalten ungenügende Bezahlungen. Dadurch wird langsam die Grundlage zur Schließung dieser Schulen vorbereitet.“

„Vor einem Jahr hat das Warschauer Rectoratium den Schulpinspektor in Petrikau angewiesen, die sofortige Einführung der polnischen Unterrichtsprache in allen deutschen Volksschulen anzuordnen, und zwar auf der Grundlage, daß das Gesetz vom 3. Mai 1919 nicht für den Petrikauer Kreis gelte, obgleich Art. 31 des genannten Gesetzes aus-

drücklich bestimmt, daß es für das gesamte ehemalige russische Teilgebiet Geltung hat. Fünf Schulen haben im Februar 1934 Berufung an das Ministerium eingelegt. Bis heute ist keine Antwort vom Ministerium erfolgt. In Kamocin, Kreis Petrikau, wurde die deutsche Volksschule, die von 84 deutschen Kindern besucht wurde, mit der deutschen polnischen Schule vereinigt und die deutsche Unterrichtsprache abgeschafft. Die Eltern haben zuerst beim Schulpinspektor, dann beim Ministerium dagegen Berufung eingelegt, und bis zum Eingang einer Antwort ihr Kinder von der Schule ferngehalten, um keine Verwirrung im Unterricht herbeizuführen. Sie haben dies auch deshalb getan, weil der Schulpinspektor ihnen erklärte, sie könnten ihre Kinder nicht zur Schule schicken, weil sie sich mit seinen Anordnungen nicht einverstanden erklärten. Mehr als ein halbes Jahr ist vergangen, mehr als das Schulkuratorium noch das Ministerium haben geantwortet. Über der Schulpinspektor hat Anfangs zehn Einmutter des Dorfes mit einer Selbstliste von 75 Joloty bezeugt. Dagegen haben die Betroffenen beim Schulpinspektor protestiert. Einige Tage darauf hat das ganze Dorf ohne vorherige Einbindung von Strafmandaten, ohne vorheriges Verbot der Schulpinspektoren zum Finanzamt die Aufforderung erhalten, binnen 14 Tagen eine Strafe von 75 bis 150 Joloty wegen Vernachlässigung der Kinder vom Schulpinspektor zu zahlen, mitsamtigen Exekutionen durchgeführt werden sollten. Außerdem drohte der Schulpinspektor die ganze Angelegenheit dem Staatsanwalt zu übergeben. Solche Geschehnisse sind in der Provinz, dort werden Märtyrer für den Kampf um ihr Recht geschaffen, und die Zentralbehörden schweigen. Das stimmt nicht überein mit dem Verhalten der Zentralbehörden des Reiches. Außenministers vor dem internationalen Forum. Ich hoffe daher, daß der Herr Minister sich dieser Sache annehmen und ihre sofortige Beilegung im Sinne der Rechtsvorschriften anordnen wird.“

„Die deutsche Bevölkerung in Polen jagt Frieden und Eintracht, sie ist zur aufrichtigen Mitarbeit an der Überwindung der Krise bereit, sie gibt dem Staate gerne alles das, was der Staat ein Recht hat von seinen Bürgern zu verlangen, aber sie steht auch gleichzeitig unerhöht und ausdauernd bei ihrer Forderung, die Regierung möge auch die ihr durch die Verfassung auferlegte Pflicht erfüllen und uns nicht die Pflichten unserer Sprache und unserer Kultur aufgeben und uns nicht die Rechte unserer durch Verfassungsmäßige Ausübung der deutschen Unterrichtsprache aus dem Staatsvolke durch Erziehung der Eröffnung und Förderung von Privatschulen. Dort können wir uns auf keinen Kompromiß einlassen und werden auf unserer Forderung bestehen. Wir werden den Kampf um das Recht, unsere Kinder in der Mutter Sprache zu unterrichten, mit derselben Ausdauer führen, wie ich das polnische Volk während seiner Unfreiheit geführt hat und wie es dies noch heute in Bezug auf seine Minoritäten im Auslande tut. ... Unseren guten Willen haben wir wiederholt deutlich zum Ausdruck gebracht, nun wollen wir auf die Antwort der Regierung.“

Deutsche Jugend geht zugrunde.

In einem Aufruf, den die als Beilage der „Kattowitzer Zeitung“ erscheinende „Deutsche Volksgemeinschaft“ veröffentlicht, finden sich einige Angaben über die erschreckende Bildungsnot der deutschen Jugend in Polen. Es heißt dort u. a.: „Erhebungen, die in der letzten Zeit durchgeführt wurden, haben gezeigt, daß — obwohl nur 50 v. H. der deutschen Jugendlichen unserer Heimat im Alter von 14–25 Jahren fast Alphabeten gleichzuzählen sind. Der augenfällige Stand vor allem der männlichen Jugend ist erschütternd. Vollständiges Denkmüßigkeit ist bei einem großen Teil vollkommen verdrückt. Massen deutscher Jugendlichen sind in einen Zustand des bloßen Vegetierens herabgesunken. Von 8000 deutschen Jugendlichen, die in den letzten Jahren die deutschen Schulen verlassen haben, sind knapp 1000 imstande, in einer mit geringem Zeheben, nicht nur für den Beruf, sondern auch für das Leben als Bürger der deutschen Nation zu arbeiten. Die übrigen 7000 Jugendlichen sind in einen Zustand des bloßen vegetieren herabgesunken. Von 8000 deutschen Jugendlichen, die in den letzten Jahren die deutschen Schulen verlassen haben, sind knapp 1000 imstande, in einer mit geringem Zeheben, nicht nur für den Beruf, sondern auch für das Leben als Bürger der deutschen Nation zu arbeiten. Die übrigen 7000 Jugendlichen sind in einen Zustand des bloßen vegetieren herabgesunken.“

Das deutsche Lehrerelement in Lodz soll aufgeföhrt werden.

Siebzig Jahre hindurch hat ein deutsches Lehrerelement in Lodz bestanden. Auf Grund der polnischen Schulreform soll diese alte deutsche Lehrerbildungsanstalt am Schluss des Schuljahres 1935/36 aufgeföhrt werden. Das Seminar ist die einzige Lehrerbildungsanstalt, die das Deutschtum in Kongresspolen besitzt. Es ist sieben Jahrzehnte lang der Hauptstapel des deutschen Bildungswesens in diesen ganzen Gauen gewesen. Um die wertvolle Arbeit, die dieses Seminar in der letzten Zeit geleistet hat, nicht für den Verlust zu lassen, sondern sie als ein Denkmal der deutschen Kultur in Lodz zu erhalten, haben sich die deutschen Lehrer und Eltern in Lodz, Gen. Pierackiego Nr. 11/13, zu richten.

Schicksale deutscher Organisationen in Polen.

Der Verein deutscher Bauern.

Am 25. Februar trat der Leiter des Vereins deutscher Bauern, Heinrich Reinecke-Carnowo, von seinem Amte als Vorsitzender und Vorstandsmitglied des Vereins zurück. Zugleich hat Reinecke seine Ämter als verantwortlicher Schriftleiter und Verleger des Wochenblattes „Der Landmann“ und als Vorsitzender des Vorstandes der Genossenschaft „Reineckebühl“ niedergelegt. Reinecke schied damit aus dem politischen Leben des Polens. Deutschtums, dessen kleinbäuerliche Kreise er lange Zeit geführt hat, aus. Ebenso haben Wilhelm Lumann-Deutsches und Reinhard Bloch-Netronno ihre Vorstandsämter im Verein deutscher Bauern niedergelegt. An die Stelle der Auscheidenden wurden neu in den Vorstand gewählt: Rittergutsbesitzer Ulrich Uhl-Ühlenhof, Anseher Heinrich Seidmann-Bogusiewicz und Bauer Hugo Scheske-Welmu. Außerdem gehören dem Vorstand noch zwei seiner bisherigen Mitglieder an: Sultan Wischhoff-Stepanshofen und Otto Kaser-Werschk. Der zurückgetretene Vorsitzende Reinecke wurde zum Ehrenmitglied des neuen Vorstandes ernannt.

Vier hat folgenden Aufbau an die deutschen Bauern der Wojewodschaften Posen und Pommerellen gerichtet: „An der Zusammenführung des neuen Vorstandes sind die Grundlagen gegeben für eine weitgehende Zusammenfassung des Bauertums ohne Rücksicht auf Titel und Größe des Besitzes. Klein- und Großgrundbesitzer haben sich die Hand gereicht zu gemeinsamer Arbeit. Der Kampf um die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Bauern kann nur mit Erfolg durchgeführt werden, wenn seine Berufsorganisation von der Einheitlichkeit des einzelnen und von Vertrauen zur Leistung seiner Organisation getragen wird. Dieses Vertrauen muß erworben werden durch verantwortungsbewußte und sparsame Verwaltung und Verwendung der Mittel, die von allen für das Ganze zusammengebracht werden. Unser Ziel: Ein geeinter und gesunder Bauernstand!“

Die Deutsche Turnerschaft in Polen.

Die der Deutschen Turnerschaft in Polen noch fernstehenden deutschen Turnvereine des Karpatenlands haben beschließen, der Deutschen Turnerschaft beizutreten. Dem Aufnahmegeruch hat der Vorstand der Deutschen Turnerschaft stattgegeben. Damit ist die seit langem angestrebte Einigung endlich erfolgt. Die Deutsche Turnerschaft in Polen umfaßt heute mit über 50 Turnvereinen alle in Polen bestehenden deutschen Vereine.

Die „Mitteilungen der Deutschen Turnerschaft in Polen“, die in Bielitz (Bielitz), Slonczyna, erscheinen, veröffentlichten in der 3. Folge 1935 eine Bestandserhebung der deutschen Turnvereine in Polen für den 1. Januar d. J. Die Turnerschaft gliedert sich in drei Kreise: Polen-Pommerellen, Oberschlesien-Posen, Westpreußen. Im Kreis Polen-Pommerellen gibt es 32 der Turnerschaft angehörende Vereine. Bromberg weist zwei Vereine auf. Die der Mitgliederzahl nach stärksten Vereine bestehen in Dirschau (204), Bromberg (201), Könitz (162), Polen (120), Thorn (106) und Wilsa (103). Außerdem gibt es deutsche Turnvereine in Soldau, Graudenz, Janowitz, Schönlau, Marienburg, Miedwiedy, Groß-Rogau, Jempeleburg, Sopotischin, Eufel, Wolanowo, Kolmar, Gnesen, Gumnitz, Roghlin, Birnbaum, Ziemtischke, Obornik, Punitz, Ramisch, Rogalen, Schmilag, Schwenken, Wehlen und Zgung. Im ganzen zählt der Kreis 214, davon 2022 beitragspflichtige Mitglieder.

Zahlenmäßig stärker ist der Kreis II, der 312, davon 2555 beitragspflichtige Mitglieder, aber nur 14 örtliche Vereine zählt. Davon entfallen 4 auf Rottum mit zusammen 491 Mitgliedern. Die stärksten aller deutschen Turnvereine Polens sind die in Königsbühl (Chorup) mit 821 und Bielitz-Biala mit 768 Mitgliedern. Der Verein in Leschen hat 359, der in Myglowitz 262 und der in Pleß 154 Mitglieder. Weiter bestehen deutsche Turnvereine in Lipine, Siemianowitz, Reuders, Schoppnitz und Carnowitz.

Der Kreis III der Deutschen Turnerschaft in Polen erstreckt sich auf die Vordere Wojewodschaft. Er zählt 9 örtliche Vereine mit 1149, davon 1014 beitragspflichtige Mitglieder. Sehr heißt hier deutsche Turnvereine mit zusammen 486 Mitgliedern: je einen Verein haben Pabianitz mit 245, Komalshof mit 118, Jolitz mit 103, Konstantynow mit 100 und Alexandrow mit 97 Mitgliedern.

Die ältesten deutschen Turnvereine bestehen in Bromberg (1859), Graudenz, Rottum, Rogalen, Posen und Thorn (1860), Kolmar und Myglowitz (1861), Bielitz, Königsbühl, Dirschau und Ramisch (1862), Wehlen und Leschen (1863) und Pabianitz (1864). Nach dem politischen Umfurf sind nur wenige neue deutsche Turnvereine entstanden; und zwar 1924 ein Verein in Rottum, 1928 in Carnowitz, 1930 in Roghlin und Schönlau, 1932 in Marienburg und 1933 in Gumnitz. Insgesamt sind der Deutschen Turnerschaft in Polen 55 örtliche Vereine in 48 verschiedenen Orten angeschlossen. Deren Gesamtmitgliederzahl hat am 1. Januar d. J. 6503, davon beitragspflichtig 5591, betragen.

Polnische Diakonien in deutschen Krankenhäusern.

Im deutschen evangelischen Krankenhause in Thorn, das, wie berichtet, der Aufschluß des Rotkreuzes zum Kreisaustrich Thorn überliefert worden ist, sind bereits einige polnische evangelische Schwestern vom Warfauer Diakonissenhaus ein-

gejogen. Es besteht die Absicht, die bisher dort tätigen deutschen Diakonissen, denen gekündigt worden ist, durch polnische Schwestern zu ersetzen. Für die Warfauer Schwestern, die schon jetzt dort sind, sind deutsche Schwesternstellen entfallen worden, mit denen ein Arbeitsvertrag nicht geschlossen war. An den rechtlichen Verhandlungen hat sich bisher noch keine Änderung ergeben. Die beim Innenministerium fristgemäß eingereichte Beschlusse der Diakonissen-Krankenhauses ist bisher nicht beantwortet; infolgedessen ist die Beschlagnahme noch nicht rechtskräftig geworden. Um so auffälliger ist es, daß das Warfauer Diakonissenhaus sich dazu begibt, die deutschen Schwestern zu verdrängen.

Der Bielitz-Bialaer Sportverein.

Am 24. Juli vorigen Jahres war durch Entschluß des Rottumser Wojewodschaftsamt des Vorstand des Bielitz-Bialaer Sportvereins, des größten deutschen Sportvereins in Polen, abgesetzt und ein Kurator eingesetzt worden. Dieser hatte durch den Ausschluss deutscher Mitglieder und durch die Aufnahme einer Masse polnischer Mitglieder den Verein zu polonisieren versucht. Der alte deutsche Vorstand jedoch hat sich so leicht nicht geschlagen; er hat sich wenigstens eine Kampagne mit Erfolg erreicht. Demnach heißt sich der neue Vorstand zu gleichen Teilen aus Deutschen und Polen zusammen. Der Sportplatz, den der alte Vorstand in Priboschitz verkauft hatte, soll zurückgekauft werden. Die vom Kurator ausgeschlossenen deutschen Mitglieder sollen wieder aufgenommen werden. Die in der Zeit des Interregnums aufgenommenen polnischen Mitglieder dagegen sollen, soweit ihre Aufnahme tatungsgemäß erfolgt ist, auch weiterhin Mitglieder bleiben. Unter der Voraussetzung, daß keine weiteren behördlichen Einriffe in das Leben des Vereins erfolgen, was es jetzt darauf ankommen, ob die Deutschen oder die Polen in der aktiven Mitarbeit einen größeren Eifer entgegenbringen. Innerhalb haben die Polen schon eines erreicht: Sie haben einen starken und erfolgreichen deutschen Sportverein um seinen einseitigen nationalen Charakter gebracht.

Das Ende der deutschen Feuerwehr in Bielitz-Biala.

In Bielitz-Biala bestand, seit langem eine deutsche Freiwillige Feuerwehr. Sie war ausschließlich mit deutschen Soldaten aufgebaut worden und ihre Mitglieder waren bis in die letzte Zeit mit ganz geringen Ausnahmen Deutsche. Nicht die Feuerwehr als solche, sondern ihr Aufbau als Soldatenfeuerwehr ist den polnischen Stellen ein Dorn im Auge gewesen. Sie begannen die deutsche Feuerwehr finanziell zugrunde zu richten. Schon vor Jahren hatte die Stadt Biala die Zahlung der Unterhaltungen, zu denen sie an sich gesetzlich verpflichtet ist, ein- und letzte bis nicht überfälligstermaßen eine eigene Feuerwehr zu. Dann stellte im vergangenen Jahre auch die Stadt Bielitz ihre Subventionen an die Feuerwehr ein. So war die deutsche Wehr schließlich gezwungen, um überhaupt ihren Betrieb weiter führen zu können, ihren Reservefonds anzugreifen, der für alle und bei der Ausübung ihres Berufes vernünftigerweise Beherrschung einkommen sollte. Weitere Druckmittel und Anwesenheitsnahmen kamen hinzu. So wurden die Deutschen schließlich mißbraucht und auf die diesjährigen Generalversammlungen, die vor kurzem stattfanden, wurden zwei Polen in den Vorstand gewählt. Um den deutschen Charakter der Wehr ist es damit geschehen. Mit Miß und Gewalt haben sich die Polen eine alte, wertvolle Organisation des Deutschtums in Bielitz-Biala in die Hände gespielt.

50 Jahre „Historische Gesellschaft für Polen“.

Am 5. März 1885 wurde die „Historische Gesellschaft für die Provinz Polen“ gegründet. Dank der Mitarbeit bekannter Männer und der Aufnahme an das Polnische Staatsarchiv nahm diese wissenschaftliche Vereinigung einen raschen Aufschwung. Als die Gesellschaft 1910 ihr 25jähriges Bestehen feierte, besaß sie nur drei Vorstände des Gesamtvereins der deutschen Geschichtswissenschaften, Ballew, daß sie „eine starke und mächtige Erbschaft in der Entwicklung des deutschen Geschichtswissenschaften dieser Provinz“ sei und fügte hinzu: „Die Historische Gesellschaft erstarkt nicht bloß Geschichtswissenschaft, sie schreibt nicht bloß Geschichte, sie ist selber Geschichte, ein Stück der Kultur- und Geistesgeschichte dieser Provinz.“

Nach dem Zusammenbruch fanden sich Männer, die an so große Traditionen anknüpfen mußten. Hermann Raupach, der nachmalige Danziger Senatspräsident, hat als Erster — im Jahre 1920 — nach dem Kriege den Mittelpunkt der Arbeit abgelehnt. Ihm folgten Dr. Paul Böckler und schließlich Dr. Alfred Paternowski; er gibt auch die vorläufige Zeitschrift der Gesellschaft heraus. Ihm zur Seite steht Dr. Kurt Pück. Die Historische Gesellschaft hat ihre Arbeit auf den ganzen Bereich des polnischen Staates ausgedehnt. Ihre Gesamtleitung ist angesichts der schwierigen Verhältnisse, unter denen sie erfolgen muß, doppelt anzuerkennen.

Parzellenverpachtung für das Jahr 1936.

Im „Dienntilgung“ Nr. 9, vom 14. Februar ist der Parzellenverpachtung für das Jahr 1936 veröffentlicht. Er umfaßt an Staatsgütern und an Besitz der Nationalen Warbank 20.000 Hektar und an Privatbesitz 80.000 Hektar, darunter in der Wojewodschaft Posen 10.000 und in der Wojewodschaft Pommerellen 8000 Hektar.

Unruhe in Litauen — Not im Memelland.

In Litauen sieht es bedenklich aus. Wie eine verhaltene Spannung liegt es über dem Land. Die unermüdete Memelpolitik leidet alles das leichtfertig aufs Spiel, was eine Generation, die um Verzicht ihres Volkstums erwachte, unter Mühen und Opfern aufgebaut hat. Die Führer dieser Politik glauben, ein deutsches Land Litauern zu können; aber sie setzen dabei die Existenz ihres Volkes aufs Spiel. Sie überlassen die Bauern ihres Landes dem wirtschaftlichen Verfall, um in der großen Politik Europas eine Rolle spielen zu können. Sie haben den Deutschen, Russen und Polen den Glauben an russisch-französischen Sympathie, als auf dem Vertrauen ihres Volkes begründet zu können. Sie hoffen, Litauen einen „Zugang zum Meere“ zu sichern, und sie sehen nicht, daß sie ihren Staat zu einem Freilicht zwischen den Großmächten machen. Sie hören auf die Deute, die ihrer politischen Eitelkeit schmeicheln; aber auf die Bauern ihres Landes, die von ihnen eine Sicherung ihres Daseins verlangen, hören sie nicht.

So ist es kein Wunder, wenn immer wieder Gerüchte auftauchen, die davon reden wollen, daß die Regierung Smetona-Skelbis nachschauen in der politischen Schwierigkeiten bogen. Besonders Interesse verdient in dieser Hinsicht ein Brief, der kürzlich im Krakauer „Czas“ veröffentlicht wurde und dessen Verfasser eine einflussreiche, dem Woldemaras-Pager angehörige litauische Persönlichkeit sein soll. Es heißt darin u. a., daß es sich bei der furchtbaren wirtschaftlichen Krise, von der Litauen gegenwärtig beimgesagt wird, weniger um eine Auswirkung der allgemeinen Weltkrise als vielmehr um eine direkte Folge der gegen den litauischen Export gerichteten deutschen Maßnahmen handle und daß diese Maßnahmen wiederum eine unausweichliche Rückwirkung der verfehlten litauischen Politik im Memelland seien. Deutlich sei Litauen gegenüber völlig loyal eingestellt; es habe von Litauen nichts anderes verlangt, als daß dieses die Bestimmungen des Memelstatutes beache. In der Stadt Memel, Memelprospekt, so wird in dem erwähnten Briefe weiter behauptet, habe das ganze Woldemaras-Pager aus selten der beladungsfähigen Deutschen. Man spreche jetzt in Litauen schon nicht mehr bloß von einem Putz, sondern es handle sich schon um die Vorbereitung einer regelrechten Revolution. Viele Äußerung ist diesseitig übertrieben. Aber Tatsache ist, daß es im Lande überall gilt. Die Varnas Großhändler demonstrieren gegen die verhängnisvolle, von Smetonsch gesteuerte litauische Wirtschaftspolitik ihrer Regierung. Das Woldemaras-Pager, dessen Verhängnis im Juli vergangenen Jahres misslang, ist dabei, auf dem flachen Lande und in der Armes seine Kräfte wieder zu sammeln. Anfang März wurde der ehemalige Silbergrube Pargius, der zu den Teilnehmern des Juli-Putzes gehörte und der Leiter des Litauischen Arbeiter-Klubs ist, unter dem Verdacht regierungsfeindlicher Umtriebe verhaftet. ...

Zu einer wirklichen Katastrophe hat sich die wirtschaftliche Lage im Memelgebiet entwickelt. Diese Lage wäre bei weitem nicht so beklagenswert, wenn sich nicht Tausende von Großlitauern im Memelgebiet und vor allem in der Stadt Memel selbst gefaßt hätten. Die schamatische Übernehmung des deutschen Landes und seit Jahren von den maßgebenden litauischen Stellen systematisch gefördert. Alle Verträge des im Sommer v. J. widerrechtlich abgeleiteten Direktors Rausch, der wirtschaftlich bedenklichen und sozial schädlichen Sultum zu flohen, wurden von dem litauischen Gouverneur Dr. Rakovaks vereitelt.

Die Folgen dieser auf eine nationale Überfremdung des Memelgebietes abzielenden Einmischungspolitik blieben nicht aus. Heute gibt es zahlreiche Arbeitslose im Memelgebiet. Deutsche Arbeiter wurden von dem auf einen tieferen sozialen Niveau lebenden jugenamtigen Element aus ihren Arbeitsstellen verdrängt. Die Wirtschaftslage in der Stadt Memel ist heute nicht nur rechtserfordernde, da notwendig für die Massen der landfremden Zugewandten nicht genügend neuer Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann. Den Zugewandten selber macht es vielleicht weniger aus, in überfüllten und unangenehmen Unterkünften zu hausen; sie sind ja aus ihrer schamatischen Heimat geflohen auf derartige Zustände gewöhnt. Aber die alteingesessenen Bewohner des Memelgebietes sehen mit maßgebender Besorgnis, wie durch die landfremden Elemente, die sich wie Flutwelle allenthalben im Lande einfinden, langsam, aber sicher das alte litauische soziale Niveau des Gebietes herabgedrückt wird. Deren Gemütszustand aus dem wirtschaftlich nicht zu rechtserfordernden Gang nur immer neue soziale Kosten erwachsen, wie die von den litauischen Behörden ins Land gezogenen Leute die Schriftmacher des kulturellen Niederganges sind. Mit Recht fühlt sich die heimaterberrigste Bevölkerung des Memellandes als ein Volkwerk der europäischen Welt gegen den als nicht überhöhten Osten. Der Schutz des Landes vor weiteren Gewaltakten, die Wiederherstellung geordneter Zustände im Memelgebiet, ist heute schon keine bloße deutsche Angelegenheit mehr, sondern ist zu einer Angelegenheit der Selbstbehaltung der zivilisierten Nationen geworden. Es kann nicht gebüdet werden, daß dieses Gebiet noch weiterhin der Willkür verantwortungsloser Abenteuer ausgesetzt bleibt. Litauen hat es heute auch mit den Memelländern verdoeben, die früher vielleicht einmal, in der Hoffnung dabei zu gewinnen, mehr litauisch als deutsch eingestellt waren. Die Stimmung dieser Kreise wird durch einige bezeichnende Vorkommnisse erläutert. So hielt kürzlich auf einer Versammlung des litauischen Landratsvereins in

Wiesien, Kreis Heydekrug, der frühere litauische Landtagsabgeordnete Paeiser aus Gaglien eine Rede, in der er das Direktorium Bravolais scharf angriff. „Als Schreiber nach Präsident war, wurde viel kritisiert. Man verwarf damals litauischerseits, alles besser zu machen. Jetzt sind wir dran, und es ist noch alles schlimmer geworden. Reizig hat schon nicht geholfen, aber Bravolait hat für die Landwirtschaft noch viel weniger Verständnis und Interesse. Von dem ist überhaupt nichts zu erwarten.“ Der Versammlung lebte die Amtseinführung eines Mannes im Anzuge. J. von Reizig, in sein Amt eingesetzt worden wurde, mit dem Schriftleiter des in Memel erscheinenden litauischen Heftblattes „Litauos Raieivis“ ausgenommen. „Der Redakteur des Raieivis“ muß nach Varnas gebracht werden. Die Hälfte von dem, was er schreibt, ist gelogen.“ (Nachmann ist eine Ehrenanstellung.) Selbst in den Reihen der heute im Memelland regierenden Kreise sind mancherlei Unstimmigkeiten und grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten vorhanden. So kam es vor kurzem in der Frage der Beschäftigung der aus Großlitauen zugewandten Personen in Memel zu einem Konflikt zwischen Bravolaitis und Dr. Rakovaks. Bravolaitis erließ Anfang September d. J. eine Verordnung, nach der in der Stadt Memel nur solche Arbeiter in Industrie-, Handels- und Gewerbebetrieben beschäftigt werden durften, die eine vom Magistrat ausgestellte Arbeitsbescheinigung vorweisen konnten. Die Erteilung dieser Bescheinigung sollte von dem Nachweis eines mindestens anderthalbjährigen ununterbrochenen Aufenthaltes in der Stadt Memel abhängig sein. Zu dieser Verordnung sah sich Bravolaitis genötigt, um dem durch die flüchtige Zuwanderung immer bedrohlicher werdenden Massenandrang in der Stadt Memel zu steuern. Der Gouverneur aber hat diese Vorlesung notwendigerweise nicht ohne eine eingehende Prüfung des Direktoriums auf, weil er keine Berücksichtigung des Zuganges aus Großlitauen zulassen wollte. Der Protest, den sein Einverständnis in den hinter Bravolaitis stehenden, litauisch eingestellten Kreisen des Memelgebietes hervorrief, zwang ihn, an seinen Rücktritt zu denken. Zunächst ging er in Urlaub; und inzwischen schickte die Rauer Regierung sich ein. Unter deren Druck mußte sich Bravolaitis mit der Aufhebung seiner Verordnung einverstanden erklären, und Rakovaks kehrte auf seinen Posten zurück. Dem hemmungslosen Einbruch der Schamalen sind also auch weichen Gittern und Tore geöffnet. Die Herbeiführung gelang, und das Memelgebiet gehört nicht zum Programm der J. in Litauen maßgebenden Leute.

Rechtsbruch und Terror herrschen im Memelgebiet. Die litauische Solbateska bestimmt sich, nie es den moskowsichlichen Überlieferungen ihres Herkunftslandes entspricht. An Heydekrug wird ein deutscher Kaufmann von einem litauischen Offizier mit Faustschlägen traktiert; und einem Schmitt wird von demselben Kaufmann mit der Pistole eine kassende Wunde auf der Stirn beigebracht. Im Hafen von Heydekrug wird ein memelländischer Fischer, weil er nicht schnell genug einen Polizeiboot ausweichen konnte, von einem litauischen Polizeibeamten in die brennende Luft geschleudert. Ein reichsdeutscher Lehrer, welcher eines Tages einen Vortrag über litauischen Geschichtsangelegenheiten, bespricht und verpöhlte, weil sein Holz aus braunem Stoff gemacht ist. Auf dem Bahnhof von Pöggan hat ein Memelländer aus Versehen einen litauischen Polizeibeamten, der sich breit in der Eingangstür aufgestellt hatte, getroffen. Er wird wegen „Widerhandes gegen die litauische Staatsgewalt“ verhaftet und, ebenso wie sein Bruder, der den Irrtum aufzuklären versucht, auf der Wache flinklos misshandelt und obenrein noch zu einer hohen Geldstrafe verurteilt. Ein memelländischer Bauer, der sich der Unterhaltung mit einigen litauischen Arbeitern darauf aufmerk- sam macht, macht sich ein Verbrechen, weil er seinen Verachtung der litauischen Sprache und staatsfeindlichen Gesinnung für die Dauer einiger Monate zusammen mit seinem Sohn unter Polizeiaufsicht gestellt; und das heißt, daß er jeden Tag einen Zug von 15 Kilometer zurücklegen muß, um sich auf der zufälligen Polizeistation aus noch vorhanden zu melden. Seem zwei Besucher aus dem Kreise Pöggan wird ein Strafverfahren eröffnet: sie haben angeblich einen Polizeibeamten „von oben“ beleidigt und Heil Hitler gerufen. U. f. f.

Der Gouverneur hat in einer an die Regierung in Rauen gerichteten Denkschrift die Aufhebung der beiden für das Memelgebiet bestimmten Verbotsmaßnahmen in Memel und Heydekrug verlangt. Er begründet dies mit dem mehren Verbot, aus diesen Seminaren herangezogenen Lehrer nicht auszuweisen, die germanische Tradition und das germanische Denken im Memelgebiet zu beleben. Nachdem die memelländischen Fortschwoarten wegen mangelnder litauischer Sprachkenntnis bereits vor einiger Zeit durch Pöggan, die wobei die deutsche Sprache verstanden, noch eine ausreichende fachliche Vorbildung besäßen, ersetzt worden sind, werden nunmehr auch die memelländischen Waldarbeiter entlassen und an ihre Stelle Leute aus Großlitauen herübergeholt. Vom Gouverneur ist eine Kommission zur Prüfung der litauischen Aufschriften eingesetzt worden. Das bedeutet eine Verletzung des Artikels 34 der Verfassung, dem zufolge die Postfragen zur Zuständigkeit der memelländischen Selbstverwaltung gehören. In den Bürosräumen und Posthöfen des Memeler Zollamtes sind die memelländischen Aufschriften entfernt und an deren Stelle neue litauische Aufschriften angebracht worden. Auch auf den memelländischen Bahnhöfen ist auf Anordnung des Gouverneurs eine entsprechende Litauisierung durchgeführt worden. Die litauische Postverwaltung hat die Formulare für Postanweisungen neuerdings

Die „verdienstvollen Ausländerinnen“.

Man hat polnischseits mancherlei Erklärungen für die Notwendigkeit des Massenabbaus deutscher Angestellten und Arbeiter in der oberstehehelfischen Industrie zu geben versucht. Die „Kriegsanfälligkeit“ der Betriebe, die „Verjüngung“ der Belegschaften und andere Schlagworte haben dazu herhalten müssen, um den nationalpolitischen Kampfscharakter der Entlassungen zu betonen. Nun hat aber eine neue, die es am besten möglich wissen, im Zuge einer patriotischen Rede, die vor kurzem auf einer Tagung der oberstehehelfischen Arbeiter in der Gegend von Krakau gehalten hat, den wirklichen Grund der Massenentlassungen zu erkennen gegeben. Im „Dziennik Bydgoski“ war in dem Bericht über die Tagung u. a. folgendes zu lesen: „Der Vertreter der oberstehehelfischen Ausländerinnen, der Eisenbahner Paljowski, überbrachte im Namen der Schiefer der Pommerellen Glückwünsche und bemerkte, daß sich bei ihnen in Schlesien (also in Oberstehehelfen) bereits ein Umbruch vollziehen habe. Die verdienstvollen oberstehehelfischen Ausländerinnen sind „abkommandiert“ worden zur Übernahme von Stellungen in den Luftfahrtbetrieben, die bis dahin von Fremdsprachigen besetzt waren.“ Das ist das Beste, was von deutscher Seite immer wieder in Bezug auf die „Personalfolgen in der oberstehehelfischen Industrie“ festgehalten worden ist und worüber sich die „Polka Solidarność“ und ähnliche Blätter, wenn es in deutschen Zeitungen zu lesen war, niemals genug aufregen konnten.

Einer von vielen.

Zu den bekanntesten Emigranten, die nach dem Umsturz in Deutschland das Feld ihrer Tätigkeit nach Warschau verlegten, gehört auch der Jude Keller-Kraus. Er hat es, seitdem er vor zwei Jahren nach Warschau kam, durch Betrügereien aller Art verstanden, sich sehr schlecht als recht über Wäler zu halten. Schließlich aber ist er unter seiner Gaunertätigkeit auch in die Arme des jüdischen Sozialismus gelassen. Er kündigte die Herausgabe eines „jüdischen Sozialistischen Wortschatz“ unter dem Titel: „Die Opfer des Bakereikreuzes“ an und nahm auf dieses Werk Vorbereitungen entgegen, wobei er sich von zahlreichen seiner interessierten Kollegen in Anbittungen von 10 und mehr Glatz leisten ließ. Statt des angekündigten großen Werkes aber kam schließlich nur eine erbärmlich dürftige Broschüre heraus. Das war selbst den bisherigen Freunden und Gönnern dieses Zeitgenossen zu viel. Einige jüdische Vereinigungen Warschaus, die ihn bisher unterstützt hatten, erstatteten Strafanzeige, worauf sich der Staatsanwalt der Sache annahm und gegen den Emigranten ein Strafverfahren wegen mehrfachen und fortgesetzten Betruges einleitete. Die Rolle dieses jüdischen Hehlers dürfte damit für einige Zeit ausgespielt sein.

Polnische Studenten in Berlin.

Eine Gruppe von 60 polnischen Studenten und Professoren der technischen Hochschule in Warschau traf am 3. März zu einem mehrtägigen Aufenthalt in Berlin ein. Auf dem Bahnhofs Friedrichstraße hatten sich zum Empfang Vertreter der Akademischen Auslandsstelle Berlin, des Außenamtes der Deutschen Studentenschaft, des Auslandsamtes der Technischen Hochschule und der kulturwissenschaftlichen Abteilung des polnischen Generalkonsulats eingefunden. Die eingetroffene Gruppe besteht aus Elektrotechnikern, die auf einer längeren Deutschlandreise die größten Werke der Elektrizitätsindustrie in Berlin und im Reich besichtigen. In Berlin haben die Gäste u. a. die Siemens-Gesellschaft, die A. G. in Oberkornow, die Maschinenfabrik der V. E. G. in der Brunnenstraße, das Haus der Technik, die Werke in Siemensstadt, das Kraftwerk Klingenberg, das Heinrich-Hertz-Anstalt, die Radioapparatefabrik Rota und den U-Bahnhof Alexanderplatz.

Polen aus der Tschechoslowakei.

Am Herbst vorigen Jahres hatte eine Gruppe von Polen aus West-oberstehehelfen den Polen in dem zur Tschechoslowakei gehörenden tschechischen Gebiet einen Besuch abgelegt. Anfang März wurde dieser Besuch nun von den Polen aus dem tschechischen Gebiet erwidert. Etwa 20 Personen trafen in Ratibor ein und wurden dort im „Deutschen Haus“ im Namen des Bundes der Polen in Deutschland begrüßt. Im Hauptsaal wurden die Gäste der Großen Streichbahn nach Opava und Deutsch-Walden geleitet. In allen Orten, in denen es polnische Organisationen gibt, wurden sie von vielen mehr oder weniger herzlich begrüßt. In Groß-Streichbach wurde bei dieser Gelegenheit ein neuer polnischer Kindergarten eröffnet. In Opava fanden den Gästen zu Ehren ein Empfang beim polnischen Generalkonsul Sambovski statt.

Verband der polnischen Akademiker in Deutschland.

Am 16. Februar wurde in Berlin ein Verband der polnischen Akademiker in Deutschland gegründet. Damit scheinen die Versammlungen, die bisher zwischen den einzelnen polnischen Studentengruppen aus organisatorischen Gründen bestanden, überwunden zu sein. In der Tagung nahmen etwa 40 polnische, an deutschen Universitäten studierende Akademiker teil. Die „Polka Solidarność“ berichtete hierzu: „Die Akademiker der Vereinigungen aller polnischen Studenten in Deutschland sei eine neue Erscheinung der Konsolidierung des polnischen Lebens in Deutschland.“

Brigitte Helm in Krakau.

Brigitte Helm, die auf Einladung des polnischen Pressesyndikats dem großen Filmfest in Krakau beizuwohnen, wurde auf dem Bahnhofs von vielen tausend Menschen begeistert empfangen. Der Senior des polnischen Pressesyndikats begrüßte Frau Helm auf dem Bahnhofs mit einer Ansprache, die auf Ausnahmefällen übertragen wurde. Die Wits hat Brigitte Helm nach Krakau entlassen, nachdem die Szere, bei der die Künstlerin zur Zeit einen Film dreht, ihr Einverständnis gegeben hat.

Puppen- und Linsenspiele für die Auslandsolen.

In Warschau fand vor kurzem eine Konferenz des Komitees für die nationale Erziehung der polnischen Jugend im Ausland statt. U. a. wurde dort die Frage der Vorbereitung des Puppentheaters und der Schaffung von kleinen Bühnen für Puppentheater besprochen; ferner waren die Herausgabe von Richtlinien für die Anfertigung von historichen und Volksstrachen und die Bearbeitung eines Kalenders der geschichtlichen und Volksfesttage Polens Gegenstand der Beratungen.

Die auslandsstehehelfischen Schulen.

Die „Prace Wda“ veröffentlichte Angaben über das tschechische Schulwesen im Ausland. Danach befinden sich am besten ausgestattet Schulen in der Tschechoslowakei. In Wien allein gibt es 24 tschechische Schulen, und zwar 14 Volksschulen, 2 Fach- und 2 Mittelschulen. Dazu treten noch 17 Kindergärten und 2 slowakische Sprachkurse. Rechnet man noch die außerhalb Wiens bestehenden Sprachkurse und 3 Ergänzungsschulen zu dieser Zahl, dann kann man sich eine Vorstellung machen von dem Einfluß nicht nur des tschechischen Schulwesens in Österreich, sondern des tschechischen Elements überhaupt. Diese Schulen zusammen haben mehr als 3200 Schüler. 8 Schulen werden von der Gemeinde Wien erhalten, die übrigen stehen unter der besonderen Betreuung des Komensky-Vereins.

Auch in Südkarlien haben die Tschechen eine beträchtliche Anzahl von Schulen. Dort stehen etwa 1000 Schülern 58 tschechische Schulen zur Verfügung. In Polen unterhalten tschechische Schulvereine 15 eigene Anstalten, daneben gibt es aber eine Reihe doppelsprachige Schulen, auf denen das tschechische als Pflichtsprache gelehrt wird. Ungarn besitzt 53 slowakische Schulen, wo jedoch nur in den unteren Klassen in slowakischer Sprache unterrichtet wird. In Sowjetrußland bestehen 23 tschechische Schulen mit insgesamt 2300 Schülern. In Deutschland sind keine tschechischen Schulen, aber 23 Sprachkurse vorhanden. In Rumänien haben die Tschechen und die Slowaken 6 Schulen, in Frankreich eine ganztagige Schule und 6 Ergänzungsschulen, in Belgien 4 Schulen und 1 Sprachkursus, in Bulgarien 2 Volksschulen und 4 Ergänzungsschulen. In den Vereinigten Staaten gibt es keine eigentlichen tschechischen Schulen. An den von den tschechisch-slowakischen Katholiken erhaltenen Pfarrschulen wird nur Religion in der Muttersprache unterrichtet. Solche Schulen haben die Slowaken 120, die Tschechen über 100. Außerdem gibt es dort 100 Ergänzungsschulen. Solche gibt es auch in Argentinien, 2 in Kanada und 1 in der Mandchurien.

Der Danziger Fremdenverkehr steigt.

Nachdem seit Jahren im Danziger Fremdenverkehr ein ganz erheblicher Rückgang zu verzeichnen war, hat sich im Jahre 1934 zum ersten Male wieder ein Zuwachs feststellen lassen. Die Danziger Fremdenverkehrsstatistik zählt nur diejenigen Fremden, die sich mindestens sieben Tage im Gebiete der Freien Stadt aufhalten. In der Statistik bleiben die Besucher mit kürzerer Aufenthaltsdauer sowie die, die bei Verwandten oder in nicht gemeinschaftlich vermittelten Privatquartieren wohnen. Tatsächlich ist also die Zahl der Besucher Danzigs und seiner Bäder zweifellos erheblich höher, als sie in der amtlichen Statistik ausgewiesen wird. Im Jahre 1929 verzeichnete die Statistik insgesamt etwa 84800 gemeldete Fremde, im Jahre 1933 nur noch 41 468. Dagegen waren im vergangenen Jahre 45 994 auswärtige Besucher gemeldet. Davon entfielen 22 585 auf Hotels, 5942 auf Pensionen, 142 auf Krankenhäuser und 17 125 auf gewerblich betriebene Privatquartiere. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahre um etwa 4500 Fremde ist vor allem 3000 auf Rechnung gekommen. Dieses hat im vergangenen Jahre fast 5000 zusätzlich erste Gäste gehabt. Unter den Besuchern Danzigs stehen naturgemäß die Reichsdeutschen an erster Stelle (mit rund 24 100). Stark sind auch die Besucher aus Polen vertreten (fast 14 200). Zappel zählte im Jahre 1934 insgesamt 19 833 gemeldete Fremde; hiervon waren 12 294 Reichsdeutsche und 5764 polnische Staatsangehörige. Steigen ist auch die Zahl der Besucher aus Dänemark, Schweden, England, Holland und den baltischen Ländern.

„Opferkruzifix 1935“.

Eine umfassende Vorstellung von der schöpferischen Schaltung Ostpreußens, seiner Landschaft und seiner Menschen will eine große Ausstellung „Opferkruzifix 1935“ geben. Die Ausstellung beginnt am 23. Mai 1935 am Kunstverein Königsberg i. L. gemeinsam mit der Sachsischen „Bund Deutscher Maler und Graphiker e. V.“ in der Reichskammer der bildenden Künste veranstaltet wird.

Die polnische Marine.

Als die polnische Marine damals gegründet wurde, als Polen eben seinen eigenen Zugang zur See errungen hatte, befah es noch keinen eigenen Hafen. Auch die zur Verfügung lebenden Schiffe waren an Zahl und Stärke nur sehr gering. Heute nach fünfzehn Jahren verläßt die polnische Marine doch schon über eine Anzahl moderner und kampfkraftiger Einheiten, wenn auch die weitreichenden Pläne für die Schaffung einer großen Flotte zunächst kaum Aussicht auf Verwirklichung haben.

Das Rückgrat der polnischen Marine bildeten bei ihrer Gründung zunächst nur sechs Corpedoboots, die aus der alten deutschen Marine stammten. Es waren dies die „Boote „A 59“, „A 64“, „A 68“ und „A 80“, vier in den letzten Kriegsjahren erbaute kleine Corpedoboots von je 375 Tonnen und etwa 27 Seemeilen Geschwindigkeit, und außerdem die beiden Boote „V 105“ und „V 108“, die ebenfalls nur 350 Tonnen maßen, 1915 gebaut waren und eine Geschwindigkeit von 28 Seemeilen entwickelten. Zu diesen Corpedobooten kamen dann noch zwei im Jahre 1920 in Finnland gebaute Kanonenboote, vier ebenfalls aus Deutschland stammende kleine Minenboote (je 170 Tonnen), einige Hilfschiffe, bewaffnete Dampfer und Stuhkanonenboote. Als Flottenchef wurde der polnische Kriegsschiffen zunächst der Danziger Hafen zugewiesen. Als im Jahre 1920 in diesem eigenen Kriegshafen entstand, wurde auch die kleine Flotte dorthin verlegt.

Das Jahr 1924 brachte die ersten, größeren Pläne zum weiteren Ausbau der polnischen Seemacht. In diesem Jahre wurde mit dem Bau des Kriegshafens in Gdingen durch ein französisches Konstruktionsbüro begonnen. Zugleich entstand auch ein großartigster Schiffshausplan, der den Bau von nicht weniger als drei Kreuzern, sechs Zerstörern, zwölf Corpedobooten, zwölf Unterseebooten und etwa sechshundert kleineren Fahrzeugen innerhalb von zwölf Jahren vorsah. Allerdings ist von diesem Bauplan bisher nur ein ganz verschwindend kleiner Teil in die Tat umgesetzt worden. Die ungeheuren Kosten eines solchen Flottenausbaus dürften hierfür wohl in erster Linie verantwortlich sein.

Erst von 1927 an ist man dann ernsthaft an den Ausbau der Flotte und den Erwerb der alten Schiffe herangegangen, nachdem im Jahre 1925 auch noch das Corpedoboot „Kaluzb“ (früher „V 105“) im Danziger Hafen einer Kessel- und Ölkantenexplosion zum Opfer gefallen war. Die ersten Neubauten wurden an französische Werften vergeben. In den Jahren 1928 und 1929 liefen die beiden modernen Zerstörer „Wilhel“ und „Bura“ (je 1500 Tonnen, 33 Seemeilen, vier 13-Zentimeter-Geschütze vom Stapel und gelangten dann 1930 und 1932 zur Ablieferung. 1929 und 1930 wurden ferner drei Unterseeboote „Rus“, „Wilk“ und „Bik“ vom Stapel gelassen, ebenfalls in Frankreich. Diese U-Boote, die 1931 fertig wurden, verdrängten über 900 Tons und unter Wasser 1250 Tonnen und laufen 14 bzw. 9 Seemeilen. Sie haben ein 10-Zentimeter-Geschütz und sechs Corpedoboots und können zwölf Corpedos und 38 Minen mitnehmen. Die Besatzungen für diese neuen polnischen Kriegsschiffe wurden in Frankreich

ausgebildet, so daß die Schiffe gleich von den richtigen Mannschaften übernommen werden konnten. Auf einer Werft in Frankreich waren bereits 1926 zwei neue Stuhkanonenboote von je 20 Tonnen erbaute worden, die mit einer 10-Zentimeter-Gaube ausgerüstet sind.

Neben diesen eigentlichen Kampfschiffen legt die polnische Marine aber auch für die Ausbildung des Nachwuchses und die Weiterbildung der Besatzungen sowie für die hierzu notwendigen Fahrzeuge. Im Jahre 1927 wurde von Holland ein Dreimaßgeschiffchen gekauft, der als Schullschiff unter dem Namen „Mora“ (560 Tonnen, Hilfsmotor), dient. Im gleichen Jahr wurde ferner von Frankreich der alte, aus dem Jahre 1896 stammende Kreuzer „D'Entrecasteaux“ (8100 Tonnen) angekauft; er dient unter dem Namen „Baltyk“ als Schullschiff im Gdingener Kriegshafen und besitzt keine Maschine mehr. Ferner wurde das Corpedoboot „Major“ (aus „V 105“) in den Jahren 1931/32 gründlich umgebaut, so daß es jetzt als Artillerieschullschiff Verwendung finden kann. Das Personal der polnischen Marine betrug bis 1930/31 aus 339 Offizieren, 800 Unteroffizieren und 1280 Mannschaften zusammen.

Gegenwärtig geht man wieder mit erheblichen Plänen zum Ausbau der Flotte. Ein Teil wird bereits durchgeführt. Auf einer französischen Werft befindet sich zur Zeit ein Zerstörer „Gruf“ im Bau, der Ende 1933 vom Stapel lief, 2500 Tonnen groß werden soll, 20 Seemeilen laufen wird und eine Bewaffnung von sechs 12-Zentimeter-Geschützen erhalten dürfte. Das Schiff wird 300 Minen mitnehmen können und soll gleichzeitig auch als Schullschiff dienen. Auf den Werften in Gdingen und Modlin, also im Lande selbst, befinden sich außerdem vier neue Minenjäger (je 500 Tonnen) im Bau, die als Ersatz für die alten deutschen, bereits aus den Viten getriebenen Minenboote gelten sollen. An weiteren Schiffen verfügt die polnische Marine angeblich noch über zwei U-Bootsmutterchiffe, einen U-Bootsläger, ein Veremungsschiff, etwa dreißig Schnellboote und einige bewaffnete Dampfer, Tender und Stuhkanonenboote.

Wenn die polnische Marine also auch klein ist, so zeigt sich doch in ihrer fünfzehnjährigen Entwicklung ein pfeilschnelles und unermüdetes Streben nach einer entsprechenden Machtstellung des polnischen Staates auf der Ostsee. Anzeichen will man auch die bisherige Abhängigkeit von der französischen Marine etwas abmachen. Zwei weitere Zerstörer, deren Bau ebenfalls geplant ist, dürften nicht mehr in Frankreich, sondern vielleicht in Schweden gebaut werden. Zwei weitere Unterseeboote, die man in Gdingen im Angriff nehmen will, ist noch keine Entscheidung zwischen Frankreich gefallen. Mit dem Bau von Zerstörern und U-Booten aber wird wohl auch für die nächste Zeit der Ausbau der polnischen Flotte kein Verenden haben, für größere Kriegsschiffe wird man auch heute kaum die notwendigen Mittel aufbringen können.

(Aus dem „Stahlhelm“.)

Sterbendes Deutschum.

Die in Real erscheinende „Etländische Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Nummer vom 20. Februar eine Gegenüberstellung der Zahlen der deutschen Bevölkerung Etlands für die Jahre 1922 und 1934. Es ist eine traurige Bilanz, die diese Zahlen ergeben. Was ohnehin an Zahl geringe Deutschum des Landes hat in dem 12jährigen Zeitraum mehr als 10 v. H. seines Bestandes verloren. Wie sich der Rückgang auf die einzelnen Gebiete erstreckt, ist aus folgender Aufstellung zu ersehen. Die Zahl der Deutschen betrug in:

	1922	1934	Ju.-bzw. Abnahme (absolut und v. H.)
Rorddeutland			
Land	1888	1292	- 596 - 31,7 v. H.
Städte	8630	8665	+ 35 + 0,4 „
Rorddeutland gesamt ..	10 518	9 957	- 561 - 5,3 „
Süddeutland			
Land	2 099	1 624	- 475 - 22,6 „
Städte	5 402	4 620	- 782 - 14,5 „
Süddeutland gesamt	7 501	6 244	- 1257 - 16,8 „
Etländ gesamt	18 319	16 346	- 1973 - 10,7 „

Die Zahlen lassen nicht nur den Volkschwund, sondern auch die fortwährende Verelängerung des etländischen Deutschums erkennen. Das ländliche Deutschum Rorddeutlands hat fast 32 v. H. verloren, während das städtische Deutschum desselben Rorddeutlands sogar eine geringe Zunahme aufweisen kann. Dort wohnen nur noch etwa 15 v. H. des Deutschums auf dem Lande. Im südlichen Etländ ist der bewohnte Volkszahl sowohl auf dem Lande wie in den Städten zurückgegangen, stärker jedoch auf dem Lande. Von den insgesamt 16 346 Deutschen Etlands wohnten im ver-

gangenen Jahre nur 2916 auf dem Lande; das sind nur noch knapp 18 v. H. Die Entleerung des Deutschums in den Städten des Landes wird in nachstehender Übersicht gezeigt. Es betrug die Zahl der deutschen Einwohner in:

Städte	1922	1934	+ -	+ - v. H.
Reval	6904	6575	- 329	- 4,8
Römmen bei Reval	400	869	+ 469	+ 117,5
Rara	502	499	- 3	- 0,6
Wolzenberg	256	281	+ 25	+ 9,8
Wuppal	304	251	- 53	- 17,4
Wuppalstein	175	132	- 43	- 24,6
Turgel	38	24	- 14	- 36,8
Baltischport	41	23	- 18	- 43,9
Taps	10	11	+ 1	+ 10,0
Dorpat	3210	2706	- 504	- 15,7
Pernau	1030	871	- 159	- 15,4
Jellin	323	345	+ 13	+ 3,9
Arensburg	401	321	- 80	- 19,9
Werro	188	145	- 43	- 22,9
Balk	182	143	- 39	- 21,4
Oberpahlen	46	39	- 7	- 15,2
Pesthuur	6	35	+ 27	+ 450,0
Tarna	7	17	+ 10	+ 142,9

Die Ursachen für den zahlenmäßigen Rückgang des Deutschums in Etländ und seine Verelängerung sind vor allem in der Agrarreform zu suchen, die im Jahre 1922 noch nicht völlig zum Abschluß gekommen war. Die Liberalisierung und Verelängerung der etländischen Volksgruppen aber hätte nicht diese volkswirtschaftlichen Nachteile annehmen lassen, wenn die deutsche Führung die volkspolitischen Notwendigkeiten, die sich aus dem politischen Umsturz der Nachkriegszeit ergaben, rechtzeitig erkannt hätte.

